



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1959

Samstag, den 2. Mai 1959

Nr. 18

**INHALT**

	Seite		Seite
<b>Der Hessische Ministerpräsident</b>		Zulassung des Händedesinfektionsmittels „H 5“ des pharmazeutischen Laboratoriums Apotheker Fr. W. Sander, Weilburg, zur Hebammenpraxis . . . . .	476
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten . . . . .	473	Verkehr mit Impfstoffen gegen Kinderlähmung (Poliomyelitis) . . . . .	476
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des höheren technischen Dienstes in der Gewerbeaufsichtsverwaltung . . . . .	473	<b>Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten</b>	
Ungültigkeitserklärung von Unterbringungsscheinen . . . . .	473	Neubestellung von Beisitzern und Stellvertretern der Spruchstelle für Flurbereinigung beim Landeskulturamt Wiesbaden . . . . .	476
<b>Der Hessische Minister des Innern</b>		<b>Personalnachrichten</b>	
Abgabe von amtlichen Druckschriften und amtlichen Karten an sowjetzonale Stellen . . . . .	474	C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern . . . . .	476
Arbeitszeit der Polizeibeamten . . . . .	474	F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung . . . . .	477
Vergütungssteuer; hier: Ausführungsbestimmungen . . . . .	474	<b>Regierungspräsidenten</b>	
Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Blankenheim im Landkreis Rotenburg und Mecklar im Landkreis Hersfeld . . . . .	474	<b>DARMSTADT</b>	
Abgaben- bzw. Gebührenfreiheit nach § 55 Aufbaugesetz und § 2 Hess. Verwaltungsgebührengesetz . . . . .	474	Ungültigkeitserklärung von Fleischbeschaustempeln . . . . .	478
<b>Der Hessische Minister der Finanzen</b>		<b>KASSEL</b>	
Fernsprechanschlüsse des Finanzamts Langen . . . . .	475	Verlust von Fleischbeschaustempeln . . . . .	478
Verbindung des Liegenschaftskatasters mit dem Grundbuch . . . . .	475	<b>WIESBADEN</b>	
<b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr</b>		Verordnung über die Freigabe von Sonn- und Feiertagen sowie über die Freigabe von Werktagen für das Offenhalten bzw. längere Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlaß von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen; hier Städte und Gemeinden im Landkreis Gelnhausen . . . . .	478
Landstraße I. Ordnung Nr. 3014; hier: Abstufung der bisherigen Teilstrecke Oberhöchstadt/Ts. . . . .	475	<b>Buchbesprechungen</b> . . . . .	479
<b>Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen</b>		<b>Öffentlicher Anzeiger</b> . . . . .	480
Verlust einer tierärztlichen Approbationsurkunde . . . . .	475		

408

### Der Hessische Ministerpräsident

**Staatliche Anerkennung von Rettungstaten**

Der Herr Niedersächsische Minister des Innern in Hannover hat am 9. Februar 1959 dem Zahntechniker-Lehrling Ernst Otto Heinrich, Wilhelmshausen, Landkreis Kassel, für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 1. August 1958 eine öffentliche Belobigung erteilt.

Wiesbaden, 16. 4. 1959

**Der Hessische Ministerpräsident**  
— II/6 — 14c  
*St.Anz. 18/1959 S. 473*

409

**Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des höheren technischen Dienstes in der Gewerbeaufsichtsverwaltung — St.-Anz. 1958 S. 554**

Im St.-Anz. 1958, S. 556, muß es unter § 24, 2. Zeile richtig „von den §§ 1c, d und 5 (1)“ heißen.

Wiesbaden, 17. 4. 1959

**Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen**  
H — LS 1756 —  
*St.Anz. 18/1959 S. 473*

410

**Ungültigkeitserklärung von Unterbringungsscheinen**

Der Unterbringungsschein des nachstehend benannten bisherigen Unterbringungsteilnehmers wird für ungültig erklärt,

Gerhard Hübeler, geb. am 6. 6. 1914, ehem. Zugwachtmeister der Gendarmerie, Unterbringungsschein 16 — I Nr. H/0196 vom 9. 9. 1952

Wiesbaden, 17. 4. 1959

**Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen**  
II/12 — LS 1741

Der Unterbringungsschein des nachstehend benannten ehem. Unterbringungsteilnehmers wird für ungültig erklärt,

Helmut Kaltenbach, geb. 21. 10. 1907, ehem. Hauptwachtmeister der Gendarmerie  
Unterbringungsschein 16 — I Nr. K/1119 vom 12. 1. 1955.

Wiesbaden, 20. 4. 1959

**Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen**  
II/12 — LS 1741

*St.Anz. 18/1959 S. 473*

411

## Der Hessische Minister des Innern

An  
alle Behörden meines Geschäftsbereichs

**Abgabe von amtlichen Druckschriften und amtlichen Karten  
an sowjetzonale Stellen**

Bezug: Runderlaß vom 28. 3. 1952 — I a 1 — 70 —  
(St.-Anz. S. 280)

In letzter Zeit haben sowjetzonale Bibliotheken (wie z. B. die Deutsche Bücherei in Leipzig und die im Sowjetsektor von Berlin gelegene Deutsche Staatsbibliothek) sowie das Deutsche Institut für Landeskunde in Leipzig und andere sowjetzonale Stellen wiederholt versucht, von staatlichen und kommunalen Dienststellen des Landes amtliche Druckschriften und amtliche Karten zu erhalten. Größere Bibliotheken und Institute berufen sich dabei auf öffentliche Sammlungsaufträge. Ein öffentlicher Auftrag zur Sammlung des deutschen Schrifttums und Kartenmaterials kann jedoch keiner sowjetzonalen Stelle zugebilligt werden. Für den Bereich der Bundesrepublik werden diese Aufgaben zentral von

der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main,  
der Westdeutschen Bibliothek in Marburg/Lahn und  
der Bundesanstalt für Landeskunde in Remagen

wahrgenommen.

Ich weise daher erneut darauf hin, daß von der Übersendung amtlicher Druckschriften und amtlicher Karten — ob freiverkäuflich oder nicht — an sowjetzonale Stellen auf jeden Fall abzusehen ist.

Mein Runderlaß vom 28. 3. 1952 (St.-Anz. S. 280) ist überholt und wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 31. 3. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
I a 1 — 70 —

St.Anz. 18/1959 S. 474

412

**Arbeitszeit der Polizeibeamten**

Nachstehend aufgeführte Erlasse sind durch die inzwischen erfolgte Neuregelung der Arbeitszeit für die staatliche Polizei überholt und werden hiermit aufgehoben:

Erlaß vom 6. 7. 1953 — III/6 — 21 b 02 —  
betr.: Arbeitszeit der Polizeivollzugsbeamten (St.-Anz. S. 635)

Erlaß vom 25. 6. 1954 — III d — 21 b 02 —  
betr.: Arbeitszeit der Polizeibeamten in den  
Polizeiverkehrsbereitschaften (n. v.)

Erlaß vom 7. 12. 1956 — III d (1) — 21 b 02 07 —  
betr.: Arbeitszeit der Polizeibeamten (n. v.)

Wiesbaden, 15. 4. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
III f — 21 b 02 06

St.Anz. 18/1959 S. 474

413

**Vergnügungssteuer**

hier: Ausführungsbestimmungen

Bezug: Mein Erlaß vom 20. 4. 1956 (St.-Anz. S. 458).

Auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Vergnügungssteuer vom 26. 3. 1959 (GVBl. S. 8) erhält Nr. 6 der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Vergnügungssteuer vom 20. 4. 1956 (St.-Anz. S. 458) die nachstehende Fassung:

**6. Wirksamkeit der Anerkennungsbescheide (§§ 10 und 29).**

Die Steuervergünstigungen sind nur auf Vorlage der Originale der Anerkennungsbescheide der zuständigen Stellen zu gewähren.

Die Anerkennungen werden mit dem Tage des Eingangs des Antrags bei der zuständigen Stelle wirksam.

Wiesbaden, 14. 4. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV d — 32 d 02/01

St.Anz. 18/1959 S. 474

414

**Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Blankenheim im Landkreis Rotenburg und Mecklar im Landkreis Hersfeld, Regierungsbezirk Kassel.**

Die Hessische Landesregierung hat am 23. 3. 1959 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) in Verbindung mit § 14 der Hessischen Landkreisordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 37) werden mit Wirkung vom 1. April 1959 folgende Flurstücke aus dem Gebiet der Gemeinde Blankenheim (Landkreis Rotenburg) ausgemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Mecklar (Landkreis Hersfeld) eingemeindet:

Flur	Flurstück	a	qm
7	20/1		58
7	21/2	8	31
12	10/2	5	01
12	11/2	49	04
12	12/1	3	61
12	13/2	21	88
12	13/3	3	78
12	21/2	9	23

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO i. V. m. § 15 HKO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 16. 4. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV b (2) — 3 k 08 — 28/59  
St.Anz. 18/1959 S. 474

415

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

**Abgaben- bzw. Gebührenfreiheit nach § 55 Aufbaugesetz und  
§ 2 Hess. Verwaltungsgebührengesetz.**

1. Nach § 55 Abs. 1 Satz 1 des Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 (GVBl. S. 103) sind Geschäfte und Verhandlungen, die zur Durchführung von Maßnahmen auf Grund dieses Gesetzes dienen, von allen öffentlichen Abgaben befreit, soweit nicht Abs. 1 Satz 2 etwas anderes bestimmt. Der Wortlaut dieser Vorschrift kann zu dem Schluß verleiten, daß die Abgabefreiheit nur für Geschäfte und Verhandlungen im Rahmen von Enteignungs-, Entziehungs- oder Umlegungsverfahren nach dem Aufbaugesetz bestehe. Indessen war es nicht Ziel des Gesetzgebers, durch eine einseitige gebührenmäßige Begünstigung der genannten formellen Verfahren die Beteiligten anzuregen, das mit bedeutendem Arbeits- und Zeitaufwand verbundene förmliche Verfahren der freiwilligen Vertragsregelung vorzuziehen. Die Abgabefreiheit des § 55 Abs. 1 Aufbaugesetz ist daher in Auslegung dieser Vorschrift auch auf die Fälle zu erstrecken, in denen Gemeinden oder andere nach dem Gesetz Berechtigte von Grundstückseigentümern auf freiwilliger Basis Gelände für die Errichtung öffentlicher Bauten, die Erweiterung von Straßen etc. erwerben, das sie anderenfalls zwangsweise in einem der im Aufbaugesetz vorgesehenen Verfahren erlangen könnten.

2. § 55 Aufbaugesetz findet allerdings keine Anwendung mehr auf den Erwerb von Grundstücken für Zwecke, für die ausschließlich nach dem Baulandbeschaffungsgesetz vom 3. 8. 1953 (BGBl. I S. 720) eine Enteignung möglich ist (z. B. Beschaffung von Bauland durch die Gemeinden im Rahmen ihrer Aufgabe nach § 89 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes zur Weiterveräußerung an Bauwillige). In diesen Fällen wird aber in der Regel die Gebührenfreiheit nach § 2 Buchst. a) des Hess. Verwaltungsgebührengesetzes vom 14. 10. 1954 (GVBl. S. 163) zum Zuge kommen. Landankäufe durch die Gemeinden bzw. Tauschverträge zwischen Gemeinden und Privatpersonen zur Beschaffung von Baugrundstücken zur Weitergabe an Bauwillige dürften in der Regel überwiegend im öffentlichen Interesse liegen und damit Gebührenfreiheit

nach § 2 Buchst. a) des Hess. Verwaltungsgebührengesetzes genießen.

3. Zu den Gebühren der Preisbehörde ist in diesem Zusammenhang folgendes zu bemerken:

Die Abgabefreiheit des § 55 Aufbaugesetz bezieht sich auch auf die Gebühren in Preisangelegenheiten. Ich nehme insoweit auf meinen Erlaß vom 7. 6. 1955 — IVc (1) — 32 g 04 05 — 3/55 — Bezug.

Davon abgesehen besteht im Rahmen des Erlasses des früheren Reichskommissars für die Preisbildung vom 12. 8. 1941 — IX — 23 — 4640/41 (Mitt. Bl. II S. 258) — für die Stadt- und Landkreise mit eigener Preisbehörde wie auch für die kreisangehörigen Gemeinden Gebührenfreiheit. Die-

ser Erlaß stellt eine Erweiterung des Runderlasses Nr. 16/41 vom 13. 2. 1941 (Mitt. Bl. II S. 37) über die Anwendung der Kostenordnung dar und ist auf Grund der Nr. 53 des Gebührenverzeichnisses zum Hess. Verwaltungsgebührengesetz Landesrecht geworden.

Ich bitte, die Landkreise und Gemeinden entsprechend zu unterrichten. Der Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Wiesbaden, 28. 3. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
Vd — 32 i — 3/59

St.Anz. 18/1959 S. 474

416

**Der Hessische Minister der Finanzen**

**Fernsprechanschlüsse des Finanzamts Langen**

Die Fernsprechanschlüsse des Finanzamts Langen sind am 6. April 1959 geändert worden. Sie lauten:

Langen 36 36 und 36 37

Wiesbaden, 17. 4. 1959

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
0 4514 B — 114 — I/31

St.Anz. 18/1959 S. 475

417

**Verbindung des Liegenschaftskatasters mit dem Grundbuch**

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Januar 1959 (St.-Anz. S. 101) werden nachstehend die weiteren Bezirke bekanntgegeben, in denen das Reichskataster an die Stelle des bisherigen amtlichen Verzeichnisses der Grundstücke im Sinne

des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung (RGBl. I 1935 S. 1073) getreten ist.

Lfd. Nr.	Kreis	Gemeinde (Grundbuchbezirk*)	Zeitpunkt
<b>Regierungsbezirk Kassel</b>			
2543	Fulda-Land	Brandlos	2. 4. 1959
<b>Regierungsbezirk Wiesbaden</b>			
2544	Frankfurt a. M.	Hausen*)	16. 4. 1959
2545	Gelnhausen	Bößgesäß	2. 3. 1959

Wiesbaden, 16. 4. 1959

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
K 4210 B — 1 — VI/3

St.Anz. 18/1959 S. 475

418

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**

**Landstraße I. Ordnung Nr. 3014;**

hier: Abstufung der bisherigen Teilstrecke Oberhöchstadt/Ts.

1. Die neugebaute Teilstrecke in Oberhöchstadt/Taunus, Landkreis Obertaunus, Regierungsbezirk Wiesbaden von km 3,736 bis km 4,058 neu (= 4,418 alt) = 322 m (Minderlänge 360 m) ist mit Wirkung vom 1. 4. 1959 in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung als Landstraße I. Ordnung Nr. 3014 einzutragen.

Die im Knotenpunkt B neugebauten Anschlußarme sind mit Wirkung vom 1. 4. 1959 wie folgt in das Straßenverzeichnis der Landstraßen II. Ordnung einzutragen:  
von km 0,003 bis km 0,029 = 26 m als Teil der L II O Nr. 769  
von km 0,003 bis km 0,017 = 14 m als Teil der L II O Nr. 768.

Die Baulast für diese Teilstrecken geht mit dem 1. 4. 1959 auf den Landkreis Obertaunus über.

Die im Knotenpunkt A neugebauten Anschlußarme

von km 0,003 bis km 0,016 = 13 m  
von km 0,003 bis km 0,014 = 11 m  
von km 0,003 bis km 0,047 = 44 m  
zusammen: 68 m

werden mit Wirkung vom 1. 4. 1959 der Gemeinde Oberhöchstadt überlassen. (§§ 4 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung — StrRegDV — vom 7. Dezember 1934 — RGBl. I S. 1237).

Die Baulast für diese Teilstrecken geht mit dem 1. 4. 1959 auf die Gemeinde Oberhöchstadt über.

2. Die bisherige Teilstrecke der Landstraße I. Ordnung Nr. 3014 von km 3,736 bis km 4,418 = 682 m ist mit Ablauf des 31. 3. 1959 im Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung zu löschen und mit Wirkung vom 1. 4. 1959

a) von km 3,736 bis km 4,065 = 329 m als Landstraße II. Ordnung Nr. 769 in das Verzeichnis der Landstraßen II. Ordnung einzutragen.

Die Baulast für diese Teilstrecke geht mit dem 1. 4. 1960 auf den Landkreis Obertaunus über.

b) von km 4,065 bis km 4,418 = 353 m der Gemeinde Oberhöchstadt zu überlassen.

Die Baulast für diese Teilstrecke geht mit dem 1. 4. 1959 auf die Gemeinde Oberhöchstadt über.

**Rechtsmittelbelehrung:**

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 11. 4. 1959

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
W IIIId — Az.: 63a.30

St.Anz. 18/1959 S. 475

419

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**

**Verlust einer tierärztlichen Approbationsurkunde**

Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat mit Schreiben vom 4. April 1959 — III 4 — 5512 G 3 — mitgeteilt, daß der Tierarzt Dr. Ernst Georg Grundl, geb. 22. 2. 1928 in Weikertsham, den Verlust seiner Approbationsurkunde als Tierarzt glaubhaft nachgewiesen hat. Die Urkunde war ausgestellt am 29. März 1956 vom Bayerischen Staatsministerium des Innern unter Nr. III 4 —

5512 G 6 — mit Geltung vom 21 Februar 1956. Die Urkunde wurde für ungültig erklärt und ist bei Vorlage zum Einzug bestimmt. Dr. Grundl erhielt am 4. April 1959 vom Bayerischen Staatsministerium eine Zweitschrift ausgestellt.

Wiesbaden, 20. 4. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**

VII 19a 20 — Tgb. Nr. 560

St.Anz. 18/1959 S. 475

**420**

**Zulassung des Händedesinfektionsmittels „H 5“ des pharmazeutischen Laboratoriums Apotheker Fr. W. Sander, Weilburg, zur Hebammenpraxis** (Hebammen-Gerätetasche und Hebammen-Wochenbettpackung).

Das obige Händedesinfektionsmittel ist für die Verwendung in der Hebammenpraxis geeignet und wird zugelassen. Die Zulassung ist widerruflich, falls sich nachträglich Eigenschaften des Mittels herausstellen, die seine Eignung einschränken oder falls eine Veränderung in der Zusammensetzung des Mittels oder eine Verminderung seiner Wirksamkeit festgestellt wird.

Wiesbaden, 16. 4. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
VI c 1 — 18 b 14/05

St.Anz. 18/1959 S. 476

**421**

**Verkehr mit Impfstoffen gegen Kinderlähmung (Poliomyelitis).**

Gemäß § 15 der preußischen Vorschriften über Impfstoffe und Sera vom 15. Juli 1929 (Volkswohlfahrt S. 663) und der hessischen Verordnung, Vorschriften über Impfstoffe und Sera betreffend vom 3. März 1930 (Reg. Bl. S. 20) bestimme ich für den Bereich des Landes Hessen, daß Impfstoffe gegen Kinderlähmung (Poliomyelitis) nur in den Verkehr gebracht werden dürfen, wenn sie von dem Paul-Ehrlich-Institut staatlich geprüft und zur Abgabe in den Verkehr freigegeben worden sind.

Auf die Bestimmungen des § 367 Nr. 5 StGB wird dabei verwiesen.

Wiesbaden, 21. 4. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
VI i — 18 i 02/05

St.Anz. 18/1959 S. 476

**422**

### Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

**Neubestellung von Beisitzern und Stellvertretern der Spruchstelle für Flurbereinigung beim Landeskulturamt Wiesbaden**

Auf Grund von §§ 2 und 4 des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungsgesetz vom 30. 3. 1954 (GVBl. S. 44) habe ich folgende landwirtschaftliche Beisitzer als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder der Spruchstelle für Flurbereinigung bei der Oberen Flurbereinigungsbehörde (Landeskulturamt Wiesbaden) auf die Dauer von 5 Jahren neu bestellt:

1. Bürgermeister Wilhelm Hartmann, Harreshausen, Krs. Dieburg, (Beisitzer)
2. Bürgermeister Heinrich Rupp, Leisenwald, Kreis Gelnhausen, (Beisitzer)
3. Landwirt Heinrich Weitzel, Breungeshain, Kreis Büdingen, (Beisitzer)
4. Ortslandwirt Martin Höhler, Niederbrechen, Kreis Limburg, (Beisitzer)
5. Land- und Forstwirt Rudolf Bierschenk, Krauthausen, Kreis Rotenburg, (Beisitzer)

6. Landwirt Albert John, Tann/Rhön, (Beisitzer)
7. Bürgermeister Otto Steuernagel, Stumpertenrod, Kreis Alsfeld, (stellvertr. Beisitzer)
8. Landwirt Georg Christian Sturm, Goddelau, Kreis Groß-Gerau, (stellvertr. Beisitzer)
9. Landwirt Karl Wintermeyer, Wiesbaden-Erbenheim, (stellvertr. Beisitzer)
10. Landwirt Albert Keller, Obernhain, Kreis Usingen, (stellvertr. Beisitzer)
11. Land- und Forstwirt Konrad Raabe, Kassel-Wolfsanger, (stellvertr. Beisitzer)
12. Land- und Forstwirt Karl-Heinz Walter, Wanfried, Kreis Eschwege, (stellvertr. Beisitzer).

Wiesbaden, 17. 4. 1959

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten**  
IV 8293/59 — L. K. 21. 0. —

St.Anz. 18/1959 S. 476

**423**

### Personalnachrichten

Es sind

**C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**

**e) Bereitschaftspolizei**

ernannt

zum Polizeimeister:

Polizeihauptwachmeister (BaL) Herbert Göbel (24. 2. 59)

zum Polizeihauptwachmeister:

die Polizeioberwachmeister (BaK) Egon Reitz (10. 2. 59); Gerd Nölker (19. 2. 59); Herbert Hoffmann (20. 2. 59); Günter Keller (20. 2. 59); Rainer Wörner (20. 2. 59); Karl Ernst Taubenrauch (26. 2. 59); Bernhard Weidmann (27. 2. 59); Horst Hinn (24. 2. 59)

zum Polizeioberwachmeister:

die Polizeiwachmeister (BaK) Hans-Joachim Rubin (6. 2. 59); Erich Bischof (9. 2. 59); Alfred Engel (9. 2. 59); Karl Heinrich Horter (9. 2. 59); Manfred Junker (9. 2. 59); Gottlieb Neun (9. 2. 59); Herbert Schlesinger (9. 2. 59); Elmar Nophut (12. 2. 59); Norbert Seel (12. 2. 59); Karl August Schwarz (12. 2. 59); Marold Gillmann (17. 2. 59); Herbert Hartgen (17. 2. 59); Wolfhard Philipp (17. 2. 59); Gottfried Schenkelberger (17. 2. 59); Herbert Solf (17. 2. 59); Gerald Thieme (17. 2. 59); Werner Männl (18. 2. 59); Franz Riesbeck (18. 2. 59); Rudolf Stamm (18. 2. 59); Rudolf Walter (18. 2. 59); Horst Weber (19. 2. 59); Jürgen Boy (20. 2. 59); Heinrich David (20. 2. 59); Wolfgang Göbel (20. 2. 59); Günter Heilhecker (20. 2. 59);

Hans Kießling (20. 2. 59); Walter Reutzel (20. 2. 59); Wolfgang Hegewald (27. 2. 59)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeimeister (BaK) Anton Thiessen (19. 2. 59)

entlassen

die Polizeiwachmeister (BaK) Norbert Peter (1. 2. 59); Dieter Schulz (1. 2. 59); Walter Schwark (1. 2. 59); Willi Weber (1. 2. 59)

**Polizeischule**

ernannt

zum Polizeiobermeister:

Polizeimeister (BaL) Richard Stadler (6. 2. 59)

**Polizeileitfunkstelle**

ernannt

zum Polizeihauptwachmeister:

die Polizeioberwachmeister (BaK) Kurt Budeck (6. 2. 59); Rudolf Linhart (6. 2. 59)

Wiesbaden, 3. 4. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
III c 4 — 8 b 06

St.Anz. 18/1959 S. 476

## F. im Bereich des Hess. Ministers für Erziehung und Volksbildung

### d) Reglerungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zu apl. Gewerbeoberlehrern auf Widerruf

die Gewerbelehrer im Angestelltenverhältnis Werner Schulz, Gelnhausen (4. 9. 58); Wolfram Scheit, Wiesbaden (20. 12. 58)

Gewerbeoberlehrer im Angestelltenverhältnis Günter Woyczuck, Frankfurt/M. (13. 3. 59)

die Lehramtsanwärter Horst Schiersmann, Frankfurt/Main (7. 11. 58); Hans Krützfeld, Frankfurt/M. (13. 11. 58); Siegfried Lindner, Frankfurt/M. (18. 11. 58); Dieter Haupt, Oberursel (11. 2. 59); Dietmar Schröter, Frankfurt/M. (17. 2. 59); Karl-Heinr. Koch, Hanau (12. 2. 59); Adolf Kessler, Frankfurt/M. (27. 2. 59); Wolfgang Jost, Bad Homburg (3. 3. 59); Heinz Hänisch, Oberursel (24. 3. 59); Christian Dietz, Frankfurt/M. (24. 3. 59)

die Gewerbelehrer Gerhard Eichhorn, Frankfurt/M. (27. 2. 59); Friedrich Richter, Frankfurt/M. (24. 2. 59)

die Lehramtsanwärterin Berta Kemman, Frankfurt/M. (17. 11. 58); Käthe Pekar, Wiesbaden (1. 2. 59); Christel Flacke, Oberursel (13. 2. 59); Waltraud Machens, Frankfurt/M. (2. 3. 59)

Gewerbelehrerin Ingeborg Schulz, Dillenburg (12. 2. 59)

zu apl. Handelsoberlehrern auf Widerruf

die Lehramtsanwärter Hans Mehlhorn, Frankfurt/M. (27. 2. 59); Heinz Heumann, Dillenburg (11. 2. 59); Alfons Rickert, Bad Homburg (17. 2. 59); Manfred Zahn, Frankfurt/M. (20. 3. 59); Heinrich Ansel, Frankfurt/M. (20. 3. 59); Dieter Kurz, Hanau (25. 11. 58); Gernot Peinelt, Hanau (25. 11. 58); Heinz Lengsfeld, Wiesbaden (8. 12. 58); Hans-Georg Wiegand, Usingen (9. 12. 58); Helmut Weisköppel, Frankfurt/M. (9. 1. 59); Arthur Ruppert, Frankfurt/M. (23. 1. 59); Gerhard Burth, Weilburg (19. 1. 59); Friedrich Disser, Hanau (8. 12. 58); Manfred Walther, Limburg (2. 2. 59); Josef Arneht, Wiesbaden (27. 1. 59); Hellmuth Brand, Frankfurt/M. (17. 2. 59); Handelslehrer Herbert Wiese, Wetzlar (9. 12. 58)

Dipl.-Handelslehrer Dr. Heinrich Brauell, Wiesbaden (1. 2. 59)

Dipl.-Handelslehrerin Amalie Leth, Frankfurt/M. (15. 9. 58)

die Lehramtsanwärterin Alice Werkmüller, Frankfurt/M. (19. 12. 58); Ute Lerch, Oberursel (12. 12. 58); Margarete Hartmann, Wiesbaden (23. 12. 58); Dr. Marianne Hartmann, Wiesbaden (30. 12. 58); Maria Hagedorn-Götz, Frankfurt/M. (8. 1. 59); Thea Clausnitzer, Frankfurt/M., (20. 3. 59); Gertrud Froehlich, Frankfurt/M. (21. 2. 59)

zu apl. Landwirtschaftslehrern auf Widerruf:

Lehramtsanwärter Kurt Schurig, Hofheim a/Ts. (2. 2. 59)

die Lehramtsanwärterinnen im Angestelltenverhältnis Lieselotte Siegl, Frankfurt/M. (6. 12. 58); Ingeborg Schippers, Dillenburg (19. 12. 58)

zu Gewerbeoberlehrern auf Kündigung:

die apl. Gewerbeoberlehrer Heinrich Walther, Wetzlar (14. 8. 58); Walter Hüttig, Frankfurt/M. (18. 8. 58); Heinrich Pilz, Frankfurt/M. (17. 2. 59); Berthold Möglich, Wetzlar (18. 3. 59)

zu Handelsoberlehrern auf Kündigung:

apl. Handelsoberlehrer Hans Mahrenholz, Frankfurt/Main (14. 11. 58)

apl. Handelsoberlehrerin Doris Gottschalk, Usingen (10. 11. 1958)

zum Studienrat auf Kündigung:

Dozent Prof. Dr. Ernst Graeser, Idstein/Ts. (15. 1. 59)

zu Berufsschuldirektoren:

die Gewerbeoberlehrer Friedrich Klein, Dillenburg (22. 10. 58); August Huth, Frankfurt/M. (22. 10. 58)

Handelsoberlehrer Max Thiel, Frankfurt/M. (22. 10. 58)

zu Bauräten im technischen Berufsschuldienst auf Kündigung:

Dozent Dipl.-Ing. Felix Steinberger, Idstein (25. 11. 58)

die Dipl.-Ing. Heinrich Kniese, Frankfurt/M. (1. 1. 59); Hans Boecker, Frankfurt/M. (1. 2. 59); Horst Sickinger, Frankfurt/M. (22. 8. 58)

zum Studienrat auf Lebenszeit:

Gewerbeoberlehrer Dr. Rudolf Offermann, Wiesbaden (25. 7. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Studienrat Hermann Schneider, Frankfurt/M. (14. 8. 58)

Baurat im techn. Berufsschuldienst Dipl.-Ing. Lothar May, Frankfurt/M. (26. 11. 58)

die Gewerbeoberlehrer Bernhard Buckard, Limburg (23. 10. 58); Karl-Heinz Keller, Bad Homburg (20. 11. 58); Wilhelm Ottermann, Frankfurt/M. (12. 12. 58); Willi Heckerth, Limburg (18. 12. 58); Heinrich Hönig, Bad Homburg (15. 12. 58); Wilhelm Letschert, Frankfurt/M. (22. 1. 59); Dr. Alexander Battes, Frankfurt/M. (24. 2. 59); Gustav Diemar, Frankfurt/Main (24. 2. 59); Willi Drawe, Frankfurt/M. (24. 2. 59); Anton Krug, Frankfurt/M. (24. 2. 59)

die Handelsoberlehrer Max Trimbuch, Wiesbaden (13. 6. 58); Erich Mantel, Gelnhausen (14. 8. 58); Alfred Trapp, Bad Homburg (21. 11. 58); Lothar Surkau, Frankfurt/M. (6. 12. 58); Ernst Schauß, Wetzlar (17. 12. 58)

Handelsoberlehrerin Charlotte Puhlmann, Frankfurt/Main (21. 11. 58)

die Landwirtschaftslehrerinnen Martha Helwig, Wetzlar (18. 12. 58); Hella Koch, Wetzlar (12. 2. 59); Marta Bosselmann, Wetzlar (25. 2. 59); Elisabeth Brückmann, Wetzlar (24. 2. 59)

Fachlehrerin Elisabeth Niklaus, Frankfurt/M. (17. 11. 58)

die Gewerbeoberlehrerinnen Irmgard Höschler, Bad Homburg (21. 11. 58); Elisabeth Wehenkel, Bad Homburg (20. 11. 58); Elisabeth Kamler, Wiesbaden (28. 11. 58)

Fachlehrerin Gertrud Ramge, Frankfurt/M. (20. 11. 58)

entlassen

apl. Gewerbeoberlehrer Kunibert Weiß, Limburg (30. 10. 58)  
Gewerbeoberlehrerin Ruth Kreuzberger, Wiesbaden (28. 11. 1958)

Landwirtschaftslehrerin Elfriede Hamela, Biedenkopf (19. 3. 59)

in den Ruhestand versetzt:

die Gewerbeoberlehrer Fritz Schwarzmeier, Wetzlar (1. 4. 59); Josef Pöhler, Limburg (1. 12. 58); Heinrich Burow, Biedenkopf (1. 1. 59); Friedrich Barthel, Wetzlar (1. 2. 59)

die Gewerbeoberlehrerinnen Charlotte Hübener, Frankfurt/Main (1. 9. 58); Martha Klumker, Frankfurt/M. (1. 11. 58); Gertrud Weber, Frankfurt/M. (31. 12. 58); Theodora Müller, Limburg (1. 3. 59)

Fachlehrerin Maria Zeug, Wetzlar (1. 12. 58)

Berufsschuldirektorin Maria Nieswandt, Wetzlar (1. 4. 59)

versetzt an andere Schulen:

Fachschuloberlehrer Herbert Fischer, Wiesbaden, an die höhere Schule (1. 4. 59)

die Handelsoberlehrer Klaus Tisch, Frankfurt/M., nach Hamburg (1. 10. 58); Dr. Winfried Schahl, Frankfurt/M., nach Hamburg (1. 10. 58); Heinrich Wick, Frankfurt/M., nach Biedenkopf (1. 4. 59); Erich Sucker, Biedenkopf, nach Frankfurt/M. (1. 4. 59); Karl Herrmann (2), Frankfurt/M., an Klinger-Schule (1. 4. 59)

die apl. Handelsoberlehrer Wolfgang Stephan, Wetzlar, zum Reg.-Präs. Darmstadt (1. 4. 59); Rolf Müller, Dillenburg, zum Reg.-Präs. Kassel (1. 4. 59).

Wiesbaden, 6. 4. 1959

Der Regierungspräsident  
II 7 / II d

St.Anz. 18/1959 S. 477

**424 DARMSTADT****Regierungspräsidenten****Ungültigkeitserklärung von Fleischbeschauustempeln**

Folgende Fleischbeschauustempel werden für ungültig erklärt:

1. tauglich, bedingt tauglich, minderwertig und untauglich mit dem Aufdruck „Rodheim v. d. H. — T. U.“

2. Trichinenfreistempel mit dem Aufdruck „Rodheim v. d. H. T. U.“

Jede weitere Benutzung der Stempel wird strafrechtlich verfolgt.

Darmstadt, 13. 4. 1959 **Der Regierungspräsident**

I/6 — 7 0 20 —

St.Anz. 18/1959 S. 478

**425 KASSEL****Verlust von Fleischbeschauustempeln**

1 Tauglichkeitsstempel mit der Aufschrift „Burguffeln“, Landkreis Hofgeismar, ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Kassel, 23. 3. 1959 **Der Regierungspräsident**

I/10 Az. 19a 12/13

St.Anz. 18/1959 S. 478

**426 WIESBADEN**

**Verordnung über die Freigabe von Sonn- und Feiertagen für das Offenhalten von Verkaufsstellen sowie über die Freigabe von Werktagen für das längere Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlaß von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gem. § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß, vom 23. April 1959.**

**Für Städte und Gemeinden im Landkreis Gelnhausen**

Gemäß § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. 11. 1956 (BGBl. I S. 875) in Verbindung mit § 1 Ziff. 3 und 5 der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

**§ 1**

Folgende Sonn- und Feiertage werden für das Offenhalten von Verkaufsstellen sowie folgende Werktage für das längere Offenhalten von Verkaufsstellen freigegeben, wobei das Offenhalten der Verkaufsstellen anlässlich der Kirchweihen auf Lebensmittelgeschäfte beschränkt wird:

1. für die Stadt Gelnhausen  
anlässlich des „Schelmenmarktes“:  
Samstag, 10. 10. 1959, Öffnungszeit bis 18.30 Uhr,  
Sonntag, 11. 10. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
2. für die Stadt Bad Orb  
anlässlich des „Volksfestes (900-Jahr-Feier)“:  
Samstag, 30. 5. 1959, Öffnungszeit bis 18.30 Uhr,  
Sonntag, 31. 5. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 30. 8. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
3. für die Stadt Wächtersbach  
anlässlich der „Wächtersbacher Frühjahrsmesse“:  
Sonntag, 3. 5. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr,  
Christi Himmelfahrt  
Donnerstag, 7. 5. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr,  
Sonntag, 10. 5. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
4. für die Gemeinde Altenhaßlau  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 16. 8. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
5. für die Gemeinde Bernbach  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 6. 9. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;  
anlässlich der „Nachkirchweih“:  
Sonntag, 13. 9. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
6. für die Gemeinde Bieber  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 9. 8. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
7. für die Gemeinde Birstein  
anlässlich des „Birsteiner Marktes“:  
Sonntag, 6. 9. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
8. für die Gemeinde Eidengesäß  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 16. 8. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;

9. für die Gemeinde Fischborn  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 25. 10. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
10. für die Gemeinde Haller  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 18. 10. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
11. für die Gemeinde Haitz  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 9. 8. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;  
anlässlich der „Nachkirchweih“:  
Sonntag, 23. 8. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
12. für die Gemeinde Höchst  
anlässlich der „Kirchweih“:  
2. Pfingstfeiertag, 18. 5. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;  
anlässlich der „Nachkirchweih“:  
Sonntag, 31. 5. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
13. für die Gemeinde Horbach  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Samstag, 5. 9. 1959, Öffnungszeit bis 21 Uhr,  
Sonntag, 6. 9. 1959, Öffnungszeit von 15 bis 18 Uhr;  
anlässlich der „Nachkirchweih“:  
Sonntag, 13. 9. 1959, Öffnungszeit von 15 bis 18 Uhr;  
anlässlich des „Kirchenpatronatsfestes“:  
Montag, 28. 9. 1959, Öffnungszeit bis 21 Uhr;
14. für die Gemeinde Kassel  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Samstag, 22. 8. 1959, Öffnungszeit bis 19 Uhr,  
Sonntag, 23. 8. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 17 Uhr;  
anlässlich der „Nachkirchweih“:  
Samstag, 29. 8. 1959, Öffnungszeit bis 19 Uhr,  
Sonntag, 30. 8. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 17 Uhr;
15. für die Gemeinde Lieblos  
anlässlich der „Kirchweih“ (jeweils nur für Metzgereien):  
Sonntag, 18. 10. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr,  
Montag, 19. 10. 1959, Öffnungszeit bis 19 Uhr;
16. für die Gemeinde Lichenroth  
anlässlich des „Lichenrother Marktes“:  
Mittwoch, 3. 6. 1959, Öffnungszeit bis 21 Uhr;
17. für die Gemeinde Lützelhausen  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 16. 8. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr,  
Montag, 17. 8. 1959, Öffnungszeit bis 21 Uhr;
18. für die Gemeinde Meerholz  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 13. 9. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
19. für die Gemeinde Neuses  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 6. 9. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;  
anlässlich der „Nachkirchweih“:  
Sonntag, 13. 9. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;  
anlässlich des „Patronatsfestes“:  
Montag, 19. 10. 1959, Öffnungszeit bis 20 Uhr,  
Dienstag, 20. 10. 1959, Öffnungszeit bis 20 Uhr;
20. für die Gemeinde Roth  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 18. 10. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
21. für die Gemeinde Somborn  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 6. 9. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;  
anlässlich der „Nachkirchweih“:  
Sonntag, 13. 9. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr;
22. für die Gemeinde Udenhain  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 13. 9. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr,  
Montag, 14. 9. 1959, Öffnungszeit bis 21 Uhr;
23. für die Gemeinde Unterreichenbach  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 25. 10. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr,  
Montag, 26. 10. 1959, Öffnungszeit bis 21 Uhr;
24. für die Gemeinde Waldensberg  
anlässlich der „Kirchweih“:  
Sonntag, 4. 10. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr,  
Montag, 5. 10. 1959, Öffnungszeit bis 21 Uhr;

## 25. für die Gemeinde Wirthheim

anlässlich der „Kirchweih“:

Samstag, 5. 9. 1959, Öffnungszeit bis 19 Uhr,  
 Sonntag, 6. 9. 1959, Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr,  
 Montag, 7. 9. 1959, Öffnungszeit bis 21 Uhr;

## § 2

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden nach §§ 24 bis 26 des Ladenschlussgesetzes gehandelt.

## § 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, 23. 4. 1959

## Der Regierungspräsident

III 1a-Az.: 73a 04/05/4 Tgb.-Nr. 215/59  
 St.Anz. 18/1959 S. 478

## Buchbesprechungen

**Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht.** Von Prof. Dr. Walter Schätzel. 2. Auflage, 1958. 408 S., 39.— DM. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin.

Die erste Auflage dieses Werkes erschien vor nunmehr drei Jahrzehnten. Bereits damals waren im Anschluß an den ersten Weltkrieg zahlreiche Probleme im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts aufgetreten, um deren Klärung sich gerade Schätzel besonders verdient gemacht hat. In der Zwischenzeit hat sich das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht von einem verhältnismäßig einfachen zu einem überaus komplizierten und kaum mehr überschaubaren Rechtsgebiet entwickelt. Immerhin sind neuerdings eine Reihe von Problemen, die sich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren ergeben hatten, durch die drei Gesetze zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. 2. 1955, 17. 5. 1956 und vom 19. 8. 1957 einer Klärung zugeführt oder jedenfalls nähergebracht worden. Der Zeitpunkt erscheint daher glücklich gewählt, in einem größeren Werk den heutigen Stand des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts im Zusammenhang zu behandeln.

Schätzel gibt einleitend einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Staatsangehörigkeitsrechts. Anschließend werden die wesentlichsten Rechtsquellen im Wortlaut wiedergegeben. Hierbei vermisst man allerdings die heute noch wichtige Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. 2. 1934 und das Gesetz zur Änderung des RuStAG vom 15. 5. 1935; ferner hätte unter den Rechtsquellen zur Regelung der Staatsangehörigkeit im Saarland das Gesetz vom 20. 12. 1958 über die Aufhebung des saarländischen Staatsangehörigkeitsgesetzes aufgeführt werden sollen.

Im Mittelpunkt des Werkes stehen die Erläuterungen zu den maßgeblichen Verfassungsbestimmungen (Art. 3, 16, 33, 73, 74, 116 GG), dem Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetz (für das aus unbekanntem Gründen nicht die übliche Abkürzung „RuStAG“, sondern „StAngG“ verwendet wird) sowie zu dem Ersten und Zweiten Staatsangehörigkeitsregelungsgesetz. Schätzel behandelt die zahlreichen Probleme eingehend und in umfassender Sicht, die immer wieder die reiche Erfahrung des langjährigen Sachkenners beweist. Zu den verschiedenen Streitfragen bezieht er klar und oftmals recht entschieden Stellung; bei der Vielzahl der ungeklärten Fragen kann es nicht verwunderlich sein, daß manche Ansicht auf Widerspruch stoßen wird.

Die besonders bedeutungsvolle Frage nach dem Fortbestand einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit wird von Schätzel grundsätzlich bejaht, wenn auch mit gewisser Zurückhaltung (S. 90, 100). Obwohl er in diesem Zusammenhang selbst betont, daß die „Bundesangehörigkeit“ als Rechtsbegriff sich nicht entwickelt habe, bemüht er sich doch anschließend um eine Definition dieses Begriffs. In Verbindung mit der Gesetzgebungskompetenz (Art. 73 Nr. 2, 74 Nr. 8 GG) wie auch in Verbindung mit den Staatsangehörigkeitsfragen im Saarland wird auch das Problem der Landesangehörigkeit behandelt.

Zu Art. 16 GG hat sich Schätzel jetzt der Auffassung angeschlossen, daß Satz 1 auch ein Verbot für den Gesetzgeber enthält. Etwas zu weitgehend erscheint seine Ansicht (S. 85), daß „ein Recht auf Staatenlosigkeit der internationalen Ordnung widerspricht“. Ausführlich und überzeugend werden Entstehungsgeschichte und Tragweite des Artikels 116 Abs. 1 GG dargestellt (S. 94—100). In einzelnen Fragen des Erwerbs und des Verlustes dieser Rechtsstellung bestehen allerdings Meinungsverschiedenheiten. Auch hätte hier wohl das wichtige Urteil des BGH vom 17. 10. 1956 (NJW 1957, S. 100) erwähnt werden müssen. Bei Art. 118 Abs. 2 GG konnten die Entscheidungen des BGH vom 11. 6. 1958 und des BVerfG vom 10. 7. 1958 noch nicht berücksichtigt werden. Die von Schätzel gegebene Auslegung stimmt jedoch im wesentlichen damit überein.

Nicht ganz überzeugend ist allerdings die Auffassung, daß der „entgegengesetzte Wille“ in Art. 116 Abs. 2 GG in der Form der Ausschlagung zum Ausdruck zu bringen sei. In der Regel wird man sich mit einem konkludenten Verhalten begnügen müssen.

Bedenklich erscheint die Ansicht, daß in der Einbürgerungsurkunde eine wirksame Eindeutschung von Vor- und vielleicht sogar Familiennamen vorgenommen werden könne (Anm. 7 zu § 16 RuStAG), daß es also eines Namensänderungsverfahrens nicht bedürfe.

Im Rahmen der Ausführungen zu § 17 RuStAG ist der Wegfall der Nr. 6 (Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit einer Frau durch Eheschließung) mit Wirkung vom 1. 4. 1953 nur in einem einzigen Satz behandelt. Die praktisch wichtige Einschränkung, die diese Vorschrift bereits zwischen dem 24. 5. 1949 und dem 31. 3. 1953 durch Art. 16 Abs. 1 GG erfahren hatte, ist nur in Anm. 4 zu Art. 16 erwähnt; eine Verweisung auf diese Stelle fehlt jedoch. Überhaupt nicht behandelt ist § 17 Nr. 5 (Verlust der Staatsangehörigkeit durch Legitimation).

§ 22 RuStAG ist, abgesehen von Nr. 5, durch § 18 Abs. 3 des Wehrgesetzes vom 21. 5. 1935 (RGBl. I S. 609) zwar nicht formell aufgehoben, aber inhaltlich ersetzt worden.

Schätzel unterzieht die Staatsangehörigkeits-Regelungsgesetze einer z. T. recht scharfen Kritik. Es ist jedoch nicht richtig gesehen, wenn er (S. 11) annimmt, die Bundesregierung habe „nachträglich eine Bestätigung ihrer vielfach von den Gerichten nicht geteilten Rechtsansichten durchsetzen“ wollen, nachdem er kurz zuvor (S. 10) selbst ausgeführt hat, daß eine Beseitigung der bestehenden Unsicherheit durch die Rechtsprechung nicht mehr zu erwarten gewesen sei. Die Kritik daran, daß der Gesetzgeber eine Reihe der strittigen Fragen rückwirkend geregelt hat, wird man bei aller Würdigung der sich (allerdings mehr in der Theorie als in der Praxis) ergebenden Schwierigkeiten nicht teilen können; eine Bereinigung nur für die Zukunft

war ohne eine klare Stellungnahme zu den staatsangehörigkeitsrechtlichen Vorgängen seit 1938 nicht denkbar. Mißverständlich ist die Bemerkung (S. 88), das 1. StARegG habe den Kreis der Volksdeutschen ausgedehnt.

Bei der Behandlung der einzelnen Vorschriften setzt sich der Verfasser eingehend mit den Absichten des Gesetzgebers und dem bisherigen Schrifttum auseinander. Manche Streitfragen werden damit einer Klärung nähergebracht, manche Erörterungen vertieft.

Übrigens ist die Schlußformel des 2. StARegG, die auf Art. 113 GG Bezug nimmt, entgegen der von Schätzel (S. 372) geäußerten Kritik doch berechtigt, da im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens der Personenkreis, der zugunsten der deutschen Staatsangehörigkeit optieren konnte, erweitert wurde, womit im Bereich des Lastenausgleichs, der Kriegsofferversorgung usw. zusätzliche finanzielle Verpflichtungen des Bundes entstanden.

Eine Zusammenstellung aller für das Staatsangehörigkeitsrecht wichtigen in- und ausländischen Gesetze unter Angabe der Fundstellen und ein umfassendes Schrifttumsverzeichnis schließen das Werk ab, das trotz verschiedener Einwendungen gegen einzelne Punkte insgesamt Beachtung und Anerkennung verdient.

Oberregierungsrat Dr. Hoffmann

**Deutsches Staatsrecht.** Kurzlehrbuch von Dr. Theodor Maunz, o. Professor an der Universität München, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus. 8., unveränderte Auflage 1958. XI, 387 Seiten 8°. Kartoniert 11,50 DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die Anerkennung, die das Werk in der Praxis gefunden hat, zeigt sich am deutlichsten in der raschen Folge der Auflagen. Bereits wenige Monate nach Erscheinen der 7. Auflage ist ein Neudruck erforderlich geworden. Hierzu kann in vollem Umfang auf die Besprechung im StAnz. 1958 S. 564 verwiesen werden.

Bei der Durchsicht des Werkes sind allerdings an einzelnen Stellen Anmerkungen zu machen, die bei einer Neubearbeitung berücksichtigt werden sollten. So ist z. B. zu dem Abschnitt „Die Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik“ (§ 6) zu erwähnen, daß der auf S. 29 erwähnte Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Anstellung als Beamter sei dem 1. 9. 1953 nicht mehr in Betracht kommt, da die §§ 14, 15 Abs. 1 RuStAG durch § 194 des Bundesbeamtengesetzes aufgehoben worden sind. Ferner ist nach einhelliger Meinung die Eheschließung mit einem Ausländer (§ 17 Ziff. 6 RuStAG) seit dem 1. 4. 1953 kein Verlustgrund der Staatsangehörigkeit mehr (Art. 3 Abs. 2 GG). Nicht recht verständlich ist die Bemerkung (S. 32), daß es nötig sei, die Staatsangehörigkeit der Bewohner der seit 1938 eingegliederten Gebiete zu klären; dies ist durch das — wenig später erwähnte — StARegG vom 22. 2. 1955 geschehen. Die Entlassung aus dem deutschen Staatsverband wird in der Regel nicht durch die Landeszentralbehörde ausgesprochen (S. 30).

In der Frage der Auslegung des Art. 96 GG hält Maunz an seiner — nicht allgemein geteilten — Auffassung fest, daß die Zahl der oberen Bundesgerichte nicht durch das Grundgesetz begrenzt sei. Die in diesem Zusammenhang (S. 207) vertretene Ansicht, das Deutsche Patentamt sei ein „höchstes Sonderverwaltungsgericht“, ist neuerdings durch eine Entscheidung des Bayer. VGH (NJW 1958, S. 1458) in Frage gestellt worden.

Oberregierungsrat Dr. Hoffmann

**Jugendstrafrecht.** Eine systematische Darstellung von Professor Dr. Friedrich Schaffstein, Göttingen, 1959, 206 Seiten, kartoniert 15.— DM. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart.

Gut fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Jugendgerichtsgesetzes vom 4. 8. 1953 legt der bekannte Göttinger Strafrechtslehrer Schaffstein eine systematische Darstellung des deutschen Jugendstrafrechts vor, die sich — nach drei einleitenden Kapiteln — zwar an den Aufbau des Gesetzes anlehnt, ohne sich indessen in einer bloßen Kommentierung zu erschöpfen. Der Verfasser geht auch auf eine Reihe von jugendpsychologischen und sozialpädagogischen Problemen aus dem Bereich des Jugendstrafrechts ein.

Einleitend werden Wesen und Aufgabe des Jugendstrafrechts behandelt. Es folgen statistische Angaben über die Jugendkriminalität bis zum Jahre 1956/1957 und sodann ein Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Jugendstrafrechts. Nach einer Darstellung der gesetzlichen Grundlagen des geltenden Jugendstrafrechts wendet sich Schaffstein im ersten Hauptteil seines Buches dem materiellen Jugendstrafrecht zu. Hier werden zunächst die Alters- und Reifestufen und sodann die Rechtsfolgen der Jugendstraftraft behandelt. Ein besonderes Kapitel ist der Strafaussetzung zur Bewährung und der Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (§ 27 JGG) gewidmet. Im zweiten Hauptteil des Buches wird das formelle Jugendstrafrecht, d. h. die Jugendgerichtsverfassung und das Jugendgerichtsverfahren behandelt, während ein abschließendes Kapitel einiges über Vollstreckung und Vollzug sowie über die Registrierung der jugendrichterlichen Entscheidungen sagt.

Schaffsteins Buch hat den Charakter eines Grundrisses. Dem erfahrenen Praktiker des Jugendstrafrechts vermag es kaum etwas Neues zu bieten. Von Wert und Nutzen wird es dagegen für den Studierenden und für den sein, der sich einen zuverlässigen Überblick über die Entwicklung und den wesentlichen Inhalt unseres geltenden Jugendstrafrechts verschaffen möchte. Bewährungshelfer, Fürsorgler und die Sachbearbeiter der Jugendgerichtshilfe beispielsweise werden das Buch mit Gewinn lesen.

Oberregierungsrat Gottwaldt

1959

Samstag, den 2. Mai 1959

Nr. 18

## Veröffentlichungen

1297

### Einzziehung eines Wege-Teilstückes in Burgholz

Es ist beabsichtigt, ein Teilstück des öffentlichen Weges Gemarkung Burgholz, Flur 7, Flurstück 41/11, (Auf der Schindkaute) einzuziehen. Der Plan über den einzuziehenden Teil des Weges kann im Bürgermeisteramt Burgholz eingesehen werden.

Das Vorhaben wird hiermit mit der Aufforderung bekanntgemacht, Einsprüche binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses beim unterzeichneten Bürgermeister geltend zu machen.

Burgholz, 22. 4. 1959

Der Bürgermeister  
als Wegepolizeibehörde

1298

### Wegeeinzziehung in der Gemarkung Dillenburg

Die öffentlichen Wege und Gräben in der Gemarkung Dillenburg, Flur 57 und 59, Flur 54, Flurstücke 77, 78 und 79, mit Ausnahme der Flurstücke 160, 161, 162, 163, 172, in Flur 57 und der Flurstücke 219 und 220 in Flur 59, sollen eingezogen werden, da ein öffentliches Bedürfnis für die Beibehaltung nicht mehr vorliegt.

Gemäß § 57 des preuß. Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb vier Wochen, und zwar in der Zeit vom 4. Mai 1959 bis 31. Mai 1959 bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen. Der Plan liegt in der oben angegebenen Zeit im Rathaus, Zimmer 23, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen.

Dillenburg, 24. 4. 1959

Der Bürgermeister  
als Wegepolizeibehörde

1299

### Einzziehung eines öffentlichen Weges in Gudensberg

Ein Teil des Feldweges in Flur 8, Parzelle 152, entlang des neuen Friedhofes soll in einer Länge von 145 m eingezogen werden.

Gemäß § 57 des Preußischen Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 (Preuß. Gesetzsammlung S. 237) wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb vier Wochen bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Der Plan liegt in der Zeit vom 20. April bis 20. Mai 1959 bei der unterzeichneten Behörde zu jedermanns Einsicht offen.

Gudensberg, 14. 4. 1959

Kreis Fritzlar-Homburg

Der Magistrat  
als Wegepolizeibehörde

1300

### Umlegungsverfahren für das Gebiet zwischen Saarlandstraße, Heegweg, Bundesbahn Gießen—Frankfurt und Friedhofsweg im Stadtteil Klein-Linden; Teilabschnitt „Saarlandstraße I“

Nachdem der Umlegungsplan für das Teilgebiet Saarlandstraße I in der Zeit vom 19.—31. Januar 1959 offen gelegen hat, findet die Verhandlung über den Verteilungsplan mit den Beteiligten gemäß § 33 Ziffer 3 des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen (Aufbaugesetz) vom 25. 10. 1948 am 18. und 19. Mai 1959 während der allgemeinen Dienststunden im Stadtbauamt Gießen, Asterweg 9, Zimmer 6 statt.

Bei Ausbleiben der Beteiligten kann ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden.

Beteiligte am Umlegungsverfahren sind:  
1. Die Eigentümer der in die Umlegung einbezogenen Grundstücke; 2. die Inhaber dinglicher Rechte an den einbezogenen Grundstücken; 3. die Mieter oder Pächter, denen einbezogene Grundstücke überlassen sind; 4. im Falle der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung der betreibende Gläubiger.

Gießen, 17. 4. 1959

Der Magistrat der Stadt  
Gießen  
als Umlegungsbehörde

1301

### Einzziehung eines öffentlichen Weges in Hofheim (Taunus)

Der Fußpfad Kartenblatt 59, Parzellen 139/93, 131/85 und 133/86, Distrikt „Im Atzmüllergrund“ (nördlich der Lorsbacher Str. zwischen Heinrichsweg und Zigeunerwäldchen soll eingezogen werden, da ein Bedürfnis für die Beibehaltung nicht mehr vorliegt. Es wird dies gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Einsprüche können binnen 4 Wochen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, zur Vermeidung des Ausschlusses schriftlich oder zu Protokoll im Rathaus, Zimmer 1, angebracht werden. Dort kann auch die Flurkarte eingesehen werden.

Hofheim (Taunus), 22. 4. 1959

Der Magistrat

1302

### Einzziehung eines öffentlichen Weges in der Gemarkung Oberbiel.

Die Gemeinde Oberbiel beabsichtigt, folgenden Weg einzuziehen:

Flur 12 Flurstück 186/1 — Feldweg — 0,91 Ar. Dieses Vorhaben wird gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 4. 1883 mit der Aufforderung bekanntgemacht, Einsprüche binnen 4 Wochen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, bei dem unterzeichneten Bürgermeister als Wegepolizeibehörde geltend zu machen.

Oberbiel, 20. 4. 1959

Der Bürgermeister  
als Wegepolizeibehörde

## Gerichtsangelegenheiten

1303

### Aufgebote

F 459: Frau Johanna Marie Elisabeth Kalbfleisch, geb. Hinkel in Angersbach, Kreis Lauterbach — vertreten durch Rechtsanwalt Kärcher in Büdingen — hat gem. § 927 BGB beantragt, die Eheleute Johannes Hinkel, Schuhmacher und Katharina Hinkel, geb. Niess in Rinderbügen, bezüglich des Grundstücks Grundbuch für Rinderbügen, Band 1, Blatt 56, Flur 1, Nr. 472, Hecken die Krugäcker, 4,25 Ar, als Eigentümer auszuschließen.

Die Vorgenannten, im Grundbuche als Eigentümer eingetragen werden aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 19. August 1959, vorm. 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 10 anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Büdingen, 14. 4. 1959

Amtsgericht

1304

### Ausschlußurteil

56 F 859: Der Brief der im Grundbuch von Kirchditmold, Band 11, Blatt 259 in Abteilung III unter Nr. eingetragenen Hypothek — Hypothekengläubigerin Stadt Kassel — wird für kraftlos erklärt.

Kassel, 17. 4. 1959

Amtsgericht

1305

F 758: Der Kaufmann Walter Küchler in Spangenberg — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hickmann, Spangenberg —, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Spangenberg Band 23, Blatt 784 in Abt. III Nr. 5 für den Mühlenbesitzer Walter Küchler in Spangenberg eingetragene mit 9% verzinssliche Darlehenshypothek von 2000.— RM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 14. August 1959, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Melsungen, 15. 4. 1959

Amtsgericht

1306

F 259: Der Landwirt und Milchfuhrmann Konrad Rupp, wohnhaft in Schrecksbach, Krs. Ziegenhain, — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Kaiser, Neukirchen — hat das Aufgebot des unauffindbaren Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von

Schrecksbach Blatt 731 in Abt. III Nr. 2 — vormals Schrecksbach Blatt 465 in Abt. III Nr. 13 — für den Landwirt Johannes Rupp und dessen Ehefrau Elisabeth, geb. Simon, in Schrecksbach, eingetragene unverzinsliche Herausgabe (Alttersgeld) von 1000 Reichsmark beantragt.



Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 10. November 1959, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht aberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Neukirchen (Kr. Ziegenhain), 17. 4. 1959  
Amtsgericht

**1307**

F 4/59: Der Landwirt Johannes Wilhelm Bernhardt, Immichenhain, Kreis Ziegenhain, Haus Nr. 72 — vertreten durch Rechtsanwalt Mössinger, Neukirchen, Kr. Ziegenhain — hat das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers des im Grundbuch von Immichenhain, Band 12, Blatt 357 eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Flur 12, Flurstück 19/6, Acker, am Ropperhäuser Weg 11,96 Ar

beantragt (§ 927 BGB). Der im Grundbuch eingetragene Eigentümer, der Bürgermeister Johannes Bernhardt, wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 24. November 1959, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht aberaumten Aufgebotsstermine sein Recht anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

Neukirchen, 20. 4. 1959  
Kreis Ziegenhain  
Amtsgericht

**1308**

3 F 13/58: Durch Urteil vom 17. 4. 1959 ist der Lehrer Philipp Schmidt aus Obertiefenbach, z. Z. unbekanntem Aufenthalts in Amerika, als Eigentümer der im Grundbuch von Obertiefenbach Band 21, Blatt 785 eingetragenen Grundstücke:

Flur 22, Flurstück 1353, Acker auf dem vordersten Kassel, 1. Gewinn, Größe 13,29 Ar,

Flur 63, Flurstück 4890, Acker im unteren Zwegweg, 3. Gewinn, Größe 13,25 Ar,

Flur 103, Flurstück 7632, Grünland oben im Schuy, 14. Gewinn, Größe 4,50 Ar, mit seinen Rechten ausgeschlossen worden.

Runkel (Lahn), 17. 4. 1959  
Amtsgericht

**1309**

4 F 1/59: Die Volksbank Weilburg, e. G. m. b. H. in Weilburg (Lahn) hat das Aufgebot des Grundschuldbriefes beantragt, welcher über die im Grundbuch von Weinbach, Band 25, Blatt 745 in Abteilung III unter lfd. Nr. 14 für die Antragstellerin eingetragenen Grundschuld von 1500,— (eintausendfünfhundert) Deutsche Mark gebildet ist.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 2. Juli 1959, vorm. 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 24 aberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt werden wird.

Weilburg, 22. 4. 1959  
Amtsgericht

**1310** Güterrechtsregister

GR 160 — 17. April 1959: Lehrer Hermann Schütze und Elfriede, geb. Nützel, beide in Bissenberg (Krs. Wetzlar), Schule.

Durch Erklärung vom 28. 6. 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Braunfels

**1311**

6 GR 440 — 20. 4. 59: Elektromeister Karl Sieland und Ehefrau Marliese, geb. Grosse, beide in Wanfried, Bahnhofstr. 6.

Durch notariellen Ehevertrag vom 6. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Eschwege, Abt. II

**1312**

GR 96: Landwirt und Stukkateur Johannes Wilhelm — genannt Willi — Dornseif und dessen Ehefrau Marianne, geb. Keßler, wohnhaft in Rengershausen, Haus Nr. 17.

Durch notariellen Vertrag vom 13. 2. 1959 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut wird von beiden Eheleuten gemeinschaftlich verwaltet.

Frankenberg (Eder), 11. 4. 1959

Amtsgericht

**1313**

GR 47: Kaufmann Kurt Beyer und Ehefrau Elisabeth Beyer, geb. Vöhl, Haina-Kloster.

Durch Vertrag vom 10. Juli 1958 ist Gütertrennung vereinbart. Der Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ist ausdrücklich ausgeschlossen.

Gemünden (Wohra), 2. 3. 1959

Amtsgericht Kirchhain

Zweigstelle Gemünden (W.)

**1314**

GR 193: Kaufmann Johann Joseph, genannt Hans Ickstadt, wohnhaft in Niedernhausen/Ts., Bahnhofstraße 22, und dessen Ehefrau Emmy Ickstadt, geb. Schwindt, wohnhaft in Wiesbaden, Mosbacherstraße 43.

Durch notariellen Vertrag vom 12. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Idstein (Taunus), 8. 4. 1959  
Amtsgericht

**1315**

GR 668 — 6. 1. 59: Professor Dr. Toenniessen, Erich, Facharzt, Kassel und Marjory, geb. Turrill.

GR 668A — 6. 1. 59: Scheidler, Friedrich, Ingenieur, Kassel und Hanna, geb. Förster.

GR 669 — 6. 1. 59: Limberger, Valentin, Beamter i. R., Kassel und Margarethe, geb. Plorin.

GR 669A — 6. 1. 59: Schmidt, Bernhardt, Regierungsrat i. R., Kassel und Bertha, geb. Vogel.

GR 670 — 6. 1. 59: Platner, Ernst, Rechtsanwalt, Kassel und Marie Luise, geb. Hauger.

GR 670A — 6. 1. 59: Küllmer, Georg, Fleischermeister, Kassel und Ursula, geb. Marnetz.

GR 671 — 6. 1. 59: Lobert, Wilhelm, Prokurist, Kassel und Hildegard, geb. Simon.

GR 671A — 6. 1. 59: Landgrebe, Konrad, Bauunternehmer, Kassel und Martha, geb. Lies.

GR 672 — 6. 1. 59: Dr. Lomen, Günther, Versicherungsangestellter, Kassel und Erika, geb. Schiebelhut.

GR 672A — 8. 1. 59: Mangold, Adolf, Kaufmann, Kassel und Romana, geb. Dolle.

GR 673 — 8. 1. 59: Liebehenz, Hermann, Kaufmann, Kassel und Gertrud, geb. Beckmann.

GR 673A — 8. 1. 59: Mihm, Hans, Buchdruckereibesitzer, Kassel und Elisabeth, geb. Klahold.

GR 674 — 8. 1. 59: Thomas, Friedrich, Bürovorsteher, Kassel und Anna-Maria, geb. Glatz.

GR 674A — 8. 1. 59: Kammer, Franz-Joseph, Kaufmann, Kassel und Erna, geb. Meier-Ebert.

GR 675 — 8. 1. 59: Dr. Freiherr Waitz von Eschen, Friedrich, Bergwerks- und Rittergutsbesitzer, Winterbüren und Olga, geb. Schenck.

GR 675A — 8. 1. 59: Reiffen, Ernst-Dipl.-Ing., Kassel und Rosemarie, geb. Momberg.

GR 676 — 8. 1. 59: Kleemeier, Willi, Kaufmann, Kassel und Erna, geb. Trillhaase.

GR 676A — 8. 1. 59: Dr. med. Völler, Gert, Arzt, Kassel und Helga, geb. Grandjot.

GR 677 — 8. 1. 59: Kalkert, Albert, Direktor, Kassel und Helene, geb. Fuchs.

GR 678 — 30. 1. 59: Straube, Konrad, Landesbankdirektor, Kassel und Erika, geb. Schäfer.

GR 678A — 30. 1. 59: Goldmann, Reinhard, Stud.-Assessor, Kassel und Eleonore, geb. Bitter.

GR 679 — 30. 1. 59: Leuchter, Heinrich, Kaufmann, Kassel und Erna, geb. Friedrich.

GR 679A — 30. 1. 59: Gunkel, Horst, Kaufmann, Kassel und Ingrid, geb. Georg.

GR 680 — 30. 1. 59: Schade, Wilhelm, Landwirt und Gärtner, Ihringshausen und Sophie, geb. Berndt.

GR 680A — 30. 1. 59: Charles, Peter, Fleischermeister, Kassel und Berta, geb. Lüdecke.

GR 681 — 30. 1. 59: Genuit, Hans, Kaufmann, Kassel und Ursula, geb. Holzapfel.

GR 681A — 30. 1. 59: Siebert, Karl, Kaufmann, Kassel und Elfriede, geb. Keim.

GR 682 — 30. 1. 59: Göbel, Paul, Handelsvertreter, Kassel und Elisabeth, geb. Kessler.

GR 682A — 30. 1. 59: Häusling, Hans, Fleischermeister, Kassel und Margarete, geb. Bernhard.

GR 683 — 30. 1. 59: Göbel, Konrad, Landwirt, Elgershausen und Dorothea, geb. Grises.

GR 683A — 30. 1. 59: Melchior, Eberhard, Schneidermeister, Kassel und Marie-Luise, geb. Stremme.

- GR 684 — 30. 1. 59: Reinbold, Horst, Kaufmann, Kassel und Helga, geb. Stierand.
- GR 684A — 30. 1. 59: Kleinsorge, Ludwig-Wilhelm, Landgerichtsrat, Kassel und Dr. Irmgard, geb. Kerl.
- GR 685 — 30. 1. 59: Thomas, August, Malermeister, Kassel und Anna, geb. Blum.
- GR 685A — 30. 1. 59: Walther, Otto, Mittelschullehrer, Kassel und Luise, geb. Hasenstein.
- GR 686 — 30. 1. 59: Laskowski, Kurt Bruno, Kantinenpächter, Kassel und Erika, geb. Jeromin.
- GR 686A — 30. 1. 59: Tiggemann, Heinrich, Prokurist, Kassel und Elisabeth, geb. Henkel.
- GR 687 — 30. 1. 59: Middeke, Heinrich, Kaufmann, Kassel und Käte, geb. Krug.
- GR 687A — 30. 1. 59: Milewczik, Hans, Kaufmann, Kassel und Käthe, geb. Minde.
- GR 688 — 30. 1. 59: Ravior, Andreas, Gastwirt, Kassel und Hildegard, geb. Mentel.
- GR 688A — 30. 1. 59: Weitzel, Wilhelm, Kaufmann, Kassel und Erna Anna, geb. Nitsche.
- GR 689 — 30. 1. 59: Wickert, Eduard, Bankkaufmann, Kassel und Johanna, geb. Nöbeling.
- GR 689A — 30. 1. 59: Thielemann, Helmut, Ingenieur, Kassel und Elfriede, geb. Becker.
- GR 690 — 30. 1. 59: May, Hermann, Ingenieur, Kassel und Lucie, geb. Fink.
- GR 690A — 30. 1. 59: Kiekeber, Walter, Kaufmann, Kassel und Else, geb. Gerstenberg.
- GR 691 — 30. 1. 59: Landsiedel, Walter, Lehrer, Kassel und Renate Landsiedel-Gobrecht, geb. Gobrecht.
- GR 691A — 30. 1. 59: Poppenhäger, Hermann, Textilkaufmann, Kassel und Hildegard, geb. Butte.
- GR 692 — 30. 1. 59: Münch, Heinrich, Kaufmann, Kassel und Karoline Friederike, geb. Fromm.
- GR 692A — 30. 1. 59: Rybka, Piotr, Schlosser, Kassel und Gertrud, geb. Kubus.
- GR 693 — 30. 1. 59: Weimann, Heinrich, Metzgermeister, Kassel und Waltraud, geb. Walter.
- GR 693A — 30. 1. 59: Traut, Georg, Werkmeister, Kassel und Anna, geb. Osterberg.
- GR 694 — 30. 1. 59: Köhler, Ernst, Buchhalter, Kassel und Anna, geb. Schmidt.
- GR 694A — 30. 1. 59: Jung, Otto, Versicherungskaufmann, Kassel und Anna, geb. Hödl.
- GR 695 — 30. 1. 59: Meißner, Hans, Gastwirt, Kassel und Annemarie, geb. Junemann.
- GR 695A — 30. 1. 59: Noell, Kurt, Direktor, Kassel und Maria, geb. Zuschlag.
- GR 696 — 30. 1. 59: Riechers, Wilhelm, Spediteur, Kassel und Emmy, geb. Döring.
- GR 696A — 30. 1. 59: Wieden, Ewald, Lackierermeister, Kassel und Susanne, geb. Kolle-Metke.
- GR 697 — 30. 1. 59: Koch, Heinrich, Kaufmann, Kassel und Ruth, geb. Steller.
- GR 697A — 30. 1. 59: Kohn, Ernst, Bundesbahnobersekretär i. R., Kassel und Wanda, geb. Pipper.
- GR 698 — 30. 1. 59: Reineck, Fritz, Kaufmann, Kassel und Elisabeth, geb. Reineck.
- GR 698A — 30. 1. 59: Kanngießler, Karl, Kaufmann, Kassel, und Martha, geb. Siebert.
- GR 699 — 30. 1. 59: Pfankuch, Otto, Kaufmann, Kassel, und Wilhelmine, geb. Schütz.
- GR 699A — 30. 1. 59: Wiederhold, Hans, Kaufmann, Kassel, und Christa, geb. Schade.
- GR 700 — 30. 1. 59: Müller, Helmut, Kaufmann, Kassel, und Marianne, geb. Kurz.
- GR 700A — 30. 1. 59: Weisbach, Eduard, Bauingenieur, Kassel, und Creszensia, geb. Gibtnr.
- GR 701 — 30. 1. 59: Momberg, Gerhard, Malermeister, Kassel, und Hannelore, geb. Wicke.
- GR 701A — 30. 1. 59: Jendretzky, Fritz, Holzgroßhändler, Kassel, und Johanna, geb. Cotta.
- GR 702 — 30. 1. 59: Pfaff, Alfred, Helfer in Steuersachen, Kassel, und Elisabeth, geb. Kaiser.
- GR 702A — 30. 1. 59: Völpel, Ewald, Chemiker, Kassel, und Elisabeth, geb. Schober.
- GR 703 — 30. 1. 59: Röhn, Wilhelm, Kaufmann, Kassel, und Gusti, geb. Braun.
- GR 703A — 30. 1. 59: Klehm, Kurt, Drogist, Kassel, und Ella, geb. Wiebe.
- GR 704 — 30. 1. 59: Walper, Richard, Stadtinspektor, Kassel, und Hannelore, geb. Schmelz.
- GR 704A — 30. 1. 59: Linker, Hans, Kaufmann, Kassel, und Ilse, geb. Peter.
- GR 705 — 30. 1. 59: Neumeister, Heinrich, Buchdruckereibesitzer, Kassel, und Anneliese, geb. Vetter.
- GR 705A — 30. 1. 59: Vesper, Walter, Ingenieur, Kassel, und Hermine, geb. Novotny.
- GR 706 — 30. 1. 59: Reuß, Hans, Fleischermeister, Kassel, und Johanna, geb. Bechmann.
- GR 706A — 30. 1. 59: Rath, Wilhelm, Industriemeister, Ihringshausen, und Brunhilde, geb. Rothenberg.
- GR 707 — 30. 1. 59: Withof, Georg, C. K. Kaufmann, Kassel, und Margarethe, geb. Glasmacher.
- GR 707A — 30. 1. 59: Krell, Walter, Kaufmann, Kassel, und Elli, geb. Bollerhey.
- GR 708 — 30. 1. 59: Jakob, Heinrich, Fabrikant, Kassel, und Paula, geb. Traut.
- GR 708A — 30. 1. 59: Jakob, Winfried, Diplom-Volkswirt, Kassel, und Katharina, geb. Berkenbusch.
- GR 709 — 11. 2. 59: Löber, Heinrich, Kaufmann, Kassel, und Hildegard, geb. Heppe.
- GR 709A — 11. 2. 59: Freiherr Treusch von Buttler-Brandenfels, Horst, Kaufmann, Kassel, und Helene, geb. Periberg.
- GR 710 — 11. 2. 59: Heussner, Reinhard, Kaufmann, Kassel, und Lilli, geb. Mackenroth.
- GR 710A — 11. 2. 59: Schinze, Julius, Pensionär, Kassel, und Martha, geb. Ullrich.
- GR 711 — 11. 2. 59: Thias, Willi, Kommunalbeamter, Kassel, und Hildegard, geb. Brüne.
- GR 711A — 11. 2. 59: Hafer, Wolfgang, Kaufmann, Kassel, und Helga, geb. Potente.
- GR 712 — 11. 2. 59: Dr. Dietrich, Wolfgang, Arzt, Kassel, und Dr. Lore, geb. Lange.
- GR 712A — 11. 2. 59: Ringlebe, Heinrich, Metzgermeister, Kassel, und Erna, geb. Urban.
- GR 715 — 12. 2. 59: Jacob, Christel, Wäschereibesitzer, Kassel, und Christa, geb. Westerhoff.
- GR 719A — 12. 2. 59: Momberg, Georg, Malermeister, Kassel, und Elisabeth, geb. Lichtefelde.
- GR 720 — 12. 2. 59: Nienaber, Werner, Kaufmann, Kassel, und Bernardine, geb. Hagenhoff.
- GR 720A — 12. 2. 59: Withof, Georg, Christian Konrad, Kaufmann, Kassel, und Hildburg, geb. Ferke.
- GR 721 — 12. 2. 59: Iffert, Werner, Fleischermeister, Kassel, und Katharina, geb. Lengemann.
- GR 721A — 12. 2. 59: Novák, Johannes Erwin, Handelsvertreter, Kassel, und Ursula, geb. Thomsen.
- GR 722 — 12. 2. 59: Richter, Gustav, Bankoberinspektor, Kassel, und Elisabeth, geb. Gottheis.
- GR 722A — 12. 2. 59: Mayfarth, Heinz, Stadtamtmann, Kassel, und Margareta, geb. Schmidt.
- GR 723 — 12. 2. 59: Thiele, Willi, Kaufmann, Kassel, und Käthe, geb. Nagel.
- GR 723A — 12. 2. 59: Leuschner, Otto, Metzgermeister, Kassel, und Anna, geb. Pfeffer.
- GR 724 — 12. 2. 59: Kissel, Hans, Regierungsamtmann, Kassel, und Hermine, geb. Mangels.
- GR 724A — 12. 2. 59: Ostheim, Konrad, Bäcker, Kassel, und Lieselotte Ostheim-Lindemeyer, geb. Lindemeyer.
- GR 725 — 13. 2. 59: Mattheis, Heinrich, Kaufmann, Kassel, und Elly, geb. Weidemeyer.
- GR 725A — 13. 2. 59: Preisker, Hans, Gärtner, Kassel, und Maria, geb. Gabriel.
- GR 726 — 13. 2. 59: Peheim, Wladimir, Dentist, Kassel, und Johanna, geb. Beez.
- GR 726A — 13. 2. 59: Kembüchler, Kurt, Bibliotheksangestellter, Rothwesten, und Barbara Elisabeth, geb. Kutscheidt.
- GR 727 — 13. 2. 59: Vater, Josef, Kaufmann, Kassel, und Elisabeth, geb. Kran.

GR 727A — 13. 2. 59: Ohnesorge, Theodor, Kaufmann, Ihringshausen, und Katharina, geb. Tschannen.

GR 728 — 13. 2. 59: Weber, Helmut, Kaufmann, Kassel, und Hildegard, geb. Lenzian.

GR 728A — 13. 2. 59: Metz, Karl, Mechaniker, Wellerode, und Martha Elisabeth, geb. Vogt.

GR 729 — 13. 2. 59: Landgrebe, Heinrich, Kaufmann, Kassel, und Martha, geb. Ackermann.

GR 729A — 13. 2. 59: Rohmann, Hans, Kaufmann, Kassel, und Martha, geb. Lietz.

GR 730 — 13. 2. 59: Rödding, Willi, Bauingenieur, Kassel, und Hertha, geb. Dippel.

GR 730A — 13. 2. 59: Lange, Otto, Kaufmann, Kassel, und Hildegard, geb. Stiegilitz.

GR 731 — 13. 2. 59: Raabe, Wilhelm, Rechtsanwalt und Notar, Kassel, und Martha, geb. Riemenschneider.

GR 731A — 13. 2. 59: Meurer, Hans, Ingenieur, Kassel, und Louise, geb. Fritz.

GR 732 — 13. 2. 59: Kaufmann, Rudolf-Max, Oberst a. D., Kassel, und Hilda, geb. Stibane.

GR 732A — 13. 2. 59: Knetsch, Rolf, Kaufmann, Kassel, und Gisela, geb. Backhaus.

GR 733 — 2. 3. 59: Trube, Willy, Bäckermeister, Kassel, und Else, geb. Frenzel.

GR 733A — 2. 3. 59: Schild, August, Bahnpolizeiwachmeister i. R., Kassel, u. Gertrud, geb. Wille.

GR 734 — 2. 3. 59: Dr. Danz, Max, Facharzt, Kassel, und Elisabeth, geb. Prinz.

GR 734A — 2. 3. 59: Seifert, Wolfgang, Kaufmann, Kassel, und Ursula, geb. Hetzler.

GR 735 — 2. 3. 59: Steinbach, Karl, Fuhrunternehmer, Kassel, und Ruth, geb. Bröffel.

GR 735A — 2. 3. 59: Hillebold, Hermann, Kaufmann, Kassel, und Anna, geb. Schneehain.

GR 736 — 2. 3. 59: Dittfurth, Horst, kaufm. Angestellter, Kassel, und Elisabeth, geb. Karl.

GR 736A — 2. 3. 59: Hucke, Karl, Autolackierer, Kassel, und Annemarie, geb. Frommann.

GR 737 — 2. 3. 59: Burghard, Georg, Bauunternehmer, Kassel, und Else, geb. Kuhn.

GR 737A — 2. 3. 59: Staude, Horst, Kaufmann, Kassel, und Doris, geb. Klenke.

#### Die vorstehend genannten Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 677A — 23. 1. 59: Stallknecht, Fritz, Kaufmann, Kassel, und Ursula, geb. Ey. Vertrag vom 23. 6. 1958. Gütertrennung.

GR 713 — 11. 2. 59: Wicker, Werner, Kaufmann, Weimar, und Marianne, geb. Homburg. Vertrag vom 30. 6. 1958. Gütertrennung.

GR 713A — 11. 2. 59: Zagon, Albert, Bäckermeister, Kassel, und Margarethe, geb. Rohmann. Vertrag vom 26. 11. 1958. Gütertrennung.

GR 714 — 12. 2. 59: Haltaufderheide, Arnold, kaufm. Angestellter, Kassel, und Elfriede, geb. Weingartz. Vertrag vom 27. 11. 1958. Gütertrennung.

GR 714A — 12. 2. 59: Becker, Wilhelm, Handelsvertreter, Kassel, und Edith, geb. Mengel. Vertrag vom 30. 9. 1958. Gütertrennung.

GR 715A — 12. 2. 59: Koch, Johannes, Gastronom, Kassel, und Else, geb. Hellwig. Vertrag vom 21. 7. 1958. Gütertrennung.

GR 716 — 12. 2. 59: Mons, Hans, Eberhard, Drogist, Kassel, und Gisind, geb. Roos. Vertrag vom 10. 11. 1958. Gütertrennung.

GR 716A — 12. 2. 59: Schug, Ernst, Kaufmann, Kassel, und Marie Louise, geb. Lehnebach. Vertrag vom 6. 11. 1958. Gütertrennung.

GR 717A — 12. 2. 59: Steffens, Albert, Kaufmann, Kassel, und Anneliese, geb. Kysper. Vertrag vom 3. 12. 1958. Gütertrennung.

GR 718 — 12. 2. 59: Eberwein, Christoph Wilhelm, Vertreter, Lohfelden, und Maria Elisabeth, geb. Hildebrand. Vertrag vom 5. 1. 1959. Gütertrennung.

GR 718A — 12. 2. 59: Lichte, Robert, Kaufmann, Kassel, und Marion, geb. Dittschar. Vertrag vom 2. 10. 1958. Gütertrennung.

GR 719 — 12. 2. 59: Winter, Fritz, Kaufmann, Kassel, und Anneliese, geb. Höbel. Vertrag vom 17. 1. 1959. Gütertrennung.

**Amtsgericht Kassel**

#### 1316

GR 203 — 20. 4. 59: Lehrer Heinrich Rasche und Rosemarie, geb. Thonemann, in Neukirchen, Krs. Waldeck.

Durch Vertrag vom 11. Dezember 1958 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

**Amtsgericht Korbach**

#### 1317

GR 202 A — 22. 4. 59: Mechaniker Johann Brutscher und Erika Brutscher, geb. Conrad, in Fürstenberg, Krs. Waldeck, Haus Nr. 42.

Durch Ehevertrag vom 5. August 1947 ist die Verwaltung und Nutznießung des Ehemannes ausgeschlossen.

**Amtsgericht Korbach**

#### 1318

##### Neueintragungen

GR 3123 — 11. 11. 1958: Eheleute Vertreter Helmut Schneider und Elisabeth, geb. Brand, Offenbach (Main).

Auf Grund der Erklärung des Ehemannes vom 26. 6. 1958 besteht gemäß Artikel 8 I, Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes für die Ehe Gütertrennung.

GR 3210 — 13. 3. 1959: Eheleute Kaufmann Hermann Link und Margarete, geb. Pfeleiderer, Mühlheim a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 5. 3. 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3211 — 17. 3. 1959: Eheleute kaufm. Angestellter Günter Heck und Ilse Erika, geb. Prey, Neu-Isenburg.

Durch notariellen Vertrag vom 9. 8. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3212 — 24. 3. 1959: Eheleute Ferdinand Gustav Schmidt und Berta Charlotta, geb. Schlegel, Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 23. 2. 1959 ist Gütertrennung vereinbart. Eine Auseinandersetzung über die seit 1. 7. 1958 bestehende Zugewinnsgemeinschaft erfolgt nicht.

GR 3213 — 19. 3. 1959: Eheleute Gerichtsreferendar Christian Werner Glofke und Hannelore, geb. Krauss, Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 5. 11. 1958 ist die auf Grund der Erklärung des Ehemannes vom 23. 6. 1958 bestehende Gütertrennung aufgehoben und jetzt der Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft vereinbart.

GR 3214 — 19. 3. 1959: Eheleute Kurt Matuschka und Magdalene, geb. Trageser, Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 3. 1. 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3215 — 1. 4. 1959: Eheleute Bauunternehmer Erich Chowanietz und Erna, geb. Schubert, Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 2. 3. 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3216 — 16. 4. 1959: Eheleute Kunstmaler Werner Seippel und Marianne Seippel-Schöner, geb. Schöner, Neu-Isenburg.

Durch notariellen Vertrag vom 14. 3. 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3217 — 22. 4. 1959: Eheleute Gärtner Franz Josef Brandt und Margot, geb. Bremer, Neu-Isenburg.

Durch notariellen Vertrag vom 26. 2. 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

**Amtsgericht Offenbach (Main), Abt. 5**

#### 1319

Rü GR I 68: Durch notariellen Vertrag vom 26. Januar 1959 haben die Eheleute Kurt Robert Palm, Kaufmann und Erika Rosine, geb. Oppelt in Rüsselsheim (Main) Gütertrennung vereinbart.

**Rüsselsheim, 1. 4. 1959**

**Amtsgericht Groß-Gerau  
Zweigstelle Rüsselsheim**

#### 1320

##### Nachlasssachen

##### Beschluß

41 VI 808/59: Die Verwaltung des Nachlasses des am 6. März 1959 in Wiesbaden, seinem letzten Wohnsitz, gestorbenen Vulkaniseurs Friedrich Stückart, wird angeordnet.

**Wiesbaden, 20. 4. 1959**

**Amtsgericht, Abt. 41**

#### 1321

##### Musterregister

MR 84 — In dem Musterregister ist eingetragen: A u. M. Dölling KG. in Hungen/Hessen: ein offenes Musterpaket, enthaltend einen Stoffteil mit Querstepung, verwendbar für Polsterschonbezüge oder ähnliche Bezüge mit der Fabriknummer 103. Muster für Flächenerzeugnisse; Schutzfrist 3 Jahre, angemeldet am 15. April 1959, 14.00 Uhr.

**Nidda, 16. 4. 1959**

**Amtsgericht**

**1322 Vereinsregister**

VR 38: Förderer-Gemeinschaft Mehrzweckhalle des Kreises Frankenberg e. V. Sitz Frankenberg (Eder).

Frankenberg (Eder), 16. 4. 1959 Amtsgericht

**1323 Veränderungen**

VR 92: Landesverband der Reit- und Fahrvereine in Hessen, Friedberg (Hessen) Der Verein ist aufgelöst.

Friedberg (Hessen), 16. 3. 1959 Amtsgericht

**1324**

VR 73 — Film-Club Homberg, in Homberg, Bez. Kassel: Der Verein wurde in der Mitgliederversammlung vom 27. November 1958 aufgelöst.

Homberg (Bez. Kassel), 20. 4. 1959  
Amtsgericht

**1325**

VR 289 — 10. 3. 1959: Unterstützungs- und Altersversorgungseinrichtung der Firma Gebr. Klingspor in Offenbach a. M. Dem Verein wurde durch Beschluß des Amtsgerichts Offenbach a. M. vom 10. 3. 1959 gemäß § 73 BGB die Rechtsfähigkeit entzogen.

VR 424 — 20. 4. 1959: PING-PONG-CLUB NEU-ISENBURG, Sitz: Neu-Isenburg.

Amtsgericht Offenbach (Main), Abteilung 5

**1326**

VR 861 — 25. 9. 58: Carneval-Club „Die Wubbe 1951“, Wiesbaden.

VR 862 — 30. 9. 58: Fachschule der Deutschen Brotindustrie, Wiesbaden.

VR 863 — 13. 10. 58: Wiesbadener Carneval-Gesellschaft „Sprudel“, Wiesbaden.

VR 864 — 3. 1. 59: Sport-Club Schwarz-Weiß Wiesbaden, Wiesbaden.

VR 865 — 5. 3. 59: Kleingärtnerverein „Kinzenberg“, Wiesbaden.

VR 866 — 20. 3. 59: Forschungsgemeinschaft Kraftpapiere und Papiersäcke, Wiesbaden.

VR 867 — 23. 3. 59: Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Wiesbaden, Wiesbaden-Biebrich.

VR 868 — 25. 3. 59: Roll- und Schlittschuh-Club Wiesbaden, Wiesbaden.

VR 500 — 11. 11. 58: Männergesangsverein Harmonie, Wiesbaden-Erbenheim. Aufgelöst durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 22. 3. 59.

Wiesbaden, 15. 4. 1959  
Amtsgericht

**1327****Neueintragung**

VR 233 — 15. 4. 59: Sportverein 1927 Hermannstein. Die Satzung ist am 10. Januar 1959 errichtet.

Amtsgericht Wetzlar

**1328**

VR 234 — 21. 4. 59: Verein zur Unterstützung von Hinterbliebenen der Angehörigen der selbständigen steuer- und wirtschaftsberatenden Berufe in den Finanzamtsbezirken Wetzlar, Dillenburg und Weilburg. Sitz Wetzlar. Die Satzung ist am 17. 1. 1959 errichtet.

Amtsgericht Wetzlar

**1329 Vergleiche — Konkurse**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Lebensmittelgroßhändlers Julius Scheidel, Birkenau i. Odw., soll die Schlußverteilung erfolgen.

Der Verfügbare Massebestand beträgt 8865,— DM. Hiervon sind die noch nicht berechneten Kosten des Verfahrens abzusetzen. Es sind zu berücksichtigen: 310,65 DM bevorrechtigte Forderungen und 53 787,08 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Fürth i. Odw. zur Einsicht der Beteiligten offen.

Berlin, 21. 4. 1959

Der Konkursverwalter  
Dr. Schimmelpfennig

**1330****Beschluß**

6 VN 10/54 — Vergleichsverfahren Firma J. Ph. Leuthner, Darmstadt, Ernst-Ludwigstraße 21: Das Verfahren wird auf Antrag des Vergleichsverwalters aufgehoben.

Darmstadt, 13. 4. 1959 Amtsgericht, Abt. 6

**1331****Beschluß**

6 N 106 53: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Hilde Mannel, Wwe., geb. Schmidt, Darmstadt, Viktoriastraße 79, Inhaberin der Firma Eisenbahn-, Hoch- und Tiefbau Fritz Mannel, Darmstadt, Alicestraße 17. Das Konkursverfahren wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Darmstadt, 8. 4. 1959

Amtsgericht — Abt. 6

**1332**

6 N 20/59 — Konkurs: Über das Vermögen des Fritz Kerst, Reise- und Versandhaus, Darmstadt, Elisabethenstr. 34, wird heute, am Donnerstag, dem 23. April 1959, 12.30 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, Darmstadt, Hügelstraße 47, Telefon 23 40. Konkursforderungen sind bis zum 8. Juni 1959 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Montag, den 8. Juni 1959, 10.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Montag, 8. Juni 1959, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Zimmer 510. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 8. Juni 1959 anzeigen.

Darmstadt, 23. 4. 1959

Amtsgericht — Abt. 6

**1333**

5 N 12/57: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Kaufmanns Otto Jahn, Fulda, des Inhabers der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Jahn &

Geiling, Fulda, Heinrichstraße 49, soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 28 346,77 DM. Zu berücksichtigen sind 235 973,47 DM nicht bevorrechtigte Forderungen. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) Fulda Az.: 5 N 12 57 niedergelegt.

Fulda, 22. 4. 1959

Der Konkursverwalter:  
Rechtsanwalt Otter

**1334****Beschluß**

81 VN 9 59 — Vergleichsverfahren: Die Bauunternehmung J. H. Frey, Kommanditgesellschaft Frankfurt (Main), Steinweg, 9 und Gelnhausen, Seestraße 23, hat durch einen am 17. April 1959 eingereichten Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt. Zum vorläufigen Verwalter wird der Rechtsanwalt Dr. Josef Dillmann, Frankfurt (Main), Berliner Straße 42, Tel. 2 18 82, bestellt.

Frankfurt (Main), 17. 4. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1335****Beschluß**

81 N 281 54: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Hankammer u. Vietor GmbH., Bauunternehmung in Frankfurt (Main), Rottweiler Straße 12, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben. Für die Gläubigerausschußmitglieder sind festgesetzt: Rechtsanwalt Eberhard Bock, Vergütung 450,— DM; Auslagen 25,— DM, Dr. Kühne, Frankfurt (Main), Vergütung 450,— DM; Auslagen 25,— DM, Rechtsanwalt Dr. Gründer-Mundt, Hamburg-Wohldorf 200,— DM Vergütung.

Frankfurt (Main), 20. 4. 1959

Amtsgericht, Abteilung 81

**1336****Beschluß**

81 VN 18 56: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Kauffrau Wilhelmine Boltjes, Frankfurt (Main), Bornemannstraße 15, Alleininhaberin der Firma Jean Eimuth, Weingroßhandlung und Weinbrennerei, Frankfurt (M.), Münchener Straße 3—5, wird aufgehoben, nachdem der Vergleichsverwalter angezeigt hat, daß die Schuldnerin den im Termin vom 5. 10. 1956 angenommen und bestätigten Vergleich erfüllt hat.

Frankfurt (Main), 15. 4. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1337****Beschluß**

81 N 394 55: Das im Konkursverfahren über den Nachlaß des am 28. 7. 1955 verstorbenen Kaufmanns Adolf Scheffter, Frankfurt (Main)-Schwanheim, Vogesenstraße 13, des Alleininhabers der Firma Adolf Scheffter, Frankfurt (Main), Niddastraße 76, Großhandel in Möbelstoffen, Matratzendrell, Sattler- und Polsterbedarf, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben. Für die Gläubigerausschußmitglieder wurden festgesetzt für die Herren: a) Gebühren, b) Auslagen: Lange: a) 450,00 DM, b) 25,00 DM; RA Thon: 120,00 DM, b) 2,40 DM; RA Dr. Möhring: a) DM 60,00; Dr. Friedrich: a) 160,00 DM, b) 115,00.

Frankfurt (Main), 20. 4. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1338****Beschluß**

5 N 1/59: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Walter Dust, Petersberg, Krs. Fulda, Geschäftsinhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Schuhhaus Karl Odenwald Nachf. W. Dust in Fulda, Gemüsemarkt 1, wird auf Antrag des Konkursverwalters, Kaufmann Heinrich Nikolaus Müller, Fulda, Ohmstraße 2, vom 15. April 1959 eine Gläubigerversammlung zur Beschlufassung über die nachstehend aufgeführten Tagesordnungspunkte auf Donnerstag, den 14. Mai 1959, 10 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Zimmer 18, berufen.

Tagesordnung: 1. Beschlufassung über a) die Weiterführung oder Schließung des Geschäfts des Gemeinschuldners, b) die Zahlung einer Vergütung an den Gemeinschuldner für die Zeit nach dem 1. April 1959, c) über eine Veräußerung des Geschäfts des Gemeinschuldners im ganzen, d) die Ergänzung oder Neuwahl des Gläubigerausschusses. 2. Verhandlung und gegebenenfalls Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners vom 20. April 1959.

Fulda, 24. 4. 1959

Amtsgericht, Abt. 5

**1339**

5 N 12/57: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des verstorbenen Kaufmanns Otto Jahn, Fulda, Heinrichstr. 49, Inhaber der im Handelsregister Abt. A — 5 HRA 1640 — eingetragenen Firma Jahn & Geiling in Fulda, ist Schlußtermin auf den 21. Mai 1959, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Fulda, Königstraße 38, Zimmer 18, bestimmt. Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen. Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 3725,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen sind auf 186,40 DM festgesetzt.

Fulda, 20. 4. 1959

Amtsgericht Fulda, Abt. 5

**1340**

5 N 9/58: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Müllermeisterin Maria Mans, Fulda, Wiesenmühle, Geschäftsinhaberin der handelsgerichtlich eingetragenen Firma „Damian Mans, Wiesenmühle“, Fulda, ist, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 12. 2. 1959 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 19. 2. 1959 bestätigt wurde, aufgehoben worden. Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 6047,— DM, seine Auslagen sind auf 279,40 DM festgesetzt.

Fulda, 22. 4. 1959

Amtsgericht Fulda, Abt. 5

**1341****Beschluß**

5 N 10/58 — Anschlußkonkursverfahren: Das Konkursverfahren über das Vermö-

gen des Kaufmanns Aloys Desch, Geschäftsinhaber der im Handelsregister Abt. A eingetragenen gleichnamigen Firma in Fulda, Borgiastraße 1, ist, nachdem der im Vergleichstermin vom 12. März 1959 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 12. März 1959 bestätigt worden ist, aufgehoben. Die Vergütung für die Mitglieder des Gläubigerausschusses ist auf je 50,— DM festgesetzt. Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 1260,— DM, seine baren Auslagen sind auf 28,95 DM festgesetzt.

Fulda, 23. 4. 1959      Amtsgericht, Abt. 5

**1342**

50 (17) N 13/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauingenieurs Willy Rudolph, früher Kassel, Grillparzerstraße 39, Spezial-Putzgeschäft, jetzt wohnhaft Arolsen, Twisterstraße 8, soll die Schlußverteilung stattfinden. Hierfür stehen 13 509,68 DM zur Verfügung. Auf die Gläubiger der Klasse I mit festgestellten Forderungen im Gesamtbetrag von 18 430,73 DM entfällt eine Quote von 73,3%. Alle übrigen Gläubiger erhalten nichts. Das Verzeichnis der Schlußverteilung liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle Abt. 50 des Amtsgerichts Kassel aus.

Kassel, 20. 4. 1959

Der Konkursverwalter  
Dr. Schott**1343**

50 (17) N 14/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Karl Hoffmann, früher Kassel, Wilhelmshöher Weg 56, jetzt Frankfurt (Main), Schöne Aussicht 16, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Konkursforderungen, sowie zur Abnahme der Schlußrechnung und Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 21. Mai 1959, 11.15 Uhr, bei dem Amtsgericht in Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Block A, Zimmer 68, bestimmt. Die Vergütung des Konkursverwalters, Rechtsanwalt Schebitz, Kassel, ist auf 460,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen sind auf 20,— DM festgesetzt worden.

Kassel, 22. 4. 1959

Amtsgericht

**1344**

50 N 13/59 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Meister, Kassel, Holländische Straße 84, Inhaber der eingetragenen Firma Meister & Straßberger, Kassel, Holländische Str. 132, und Tränkeforte 4, Öfen — Herde — Hausrat, wurde am 23. April 1959, 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt, Kassel, Kurt-Schumacher-Straße 11. Anmeldefrist der Konkursforderungen bis zum 25. Mai 1959 beim Amtsgericht, zweifach. Wahltermin und Beschlufassung der Anträge gemäß §§ 132, 134 und 137 KO am 20. Mai 1959, 11 Uhr; Prüfungstermin am 8. Juli 1959, 8 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Block C, Zimmer 50. Offener Arrest und Anmeldefrist beim Konkursverwalter bis zum 9. Mai 1959.

Kassel, 23. 4. 1959

Amtsgericht

**1345**

7 N 4/59 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Fa. „Riedgold“ Süßwarenfabrik Ofenloch & Massoth, G. m. b. H., Riedrode (Hessen), wird heute, am 18. April 1959, 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gesellschaft zahlungsunfähig und überschuldet ist.

Zugleich wird ein allgemeines Veräußerungsverbot an die Schuldnerin erlassen.

Der Rechtsanwalt Jöckel in Lampertheim wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 10. Mai 1959 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlufassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen Mittwoch, den 20. Mai 1959, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht in Lampertheim, Bürstädter Str. 1, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. Mai 1959 Anzeige zu machen.

Lampertheim, 18. 4. 1959      Amtsgericht

**1346**

7 N 77/57 — Konkursverfahren: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Marie Randermann Wwe., geb. Hunkel, Inh. der Firma Christian Randermann, Baugeschäft, Neu-Isenburg, Hugenottenallee 30, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Freitag, den 15. Mai 1959, 9.45 Uhr, Zimmer 37, 1. Stock des Amtsgerichts Offenbach a. M., Kaiserstraße 16.

Offenbach (Main), 20. 4. 1959

Amtsgericht, Abt. 7

**1347**

7 N 50/57 — Konkursverfahren: In dem Anschluß-Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Grunewald GmbH. in Offenbach a. M., Sprendlinger Landstraße 81, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Donnerstag, den 21. Mai 1959, 9.15 Uhr, Zimmer 34, 1. Stock des Amtsgerichts Offenbach a. M., Kaiserstraße 16.

Offenbach (Main), 16. 4. 1959

Amtsgericht, Abt. 7

**1348**

7 N 21/59 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des früheren Rechtsanwalts Herbert Elbrecht in Offenbach (Main), Hergenröderstr. 16, wurde am 20. April 1959, 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans-Joachim Moufang, Offenbach (M.) Rathenastr. 19. Konkursforderungen sind bis zum 12. Mai 1959 in doppelter Ausfertigung unter Angabe des Betrages, des Grundes und der bis zum Tage der Kon-

kurseröffnung ausgerechneten Zinsen bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung gem. §§ 10, 132, 134 u. 137 K. O. und Prüfungstermin der angemeldeten Forderungen: Freitag, den 15. Mai 1959, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Kaiserstr. 16, I. Stock, Zimmer 37. Offener Arrest und Anzeigepflicht bis zum 12. Mai 1959.

Offenbach (Main), 20. 4. 1959

Amtsgericht — Abt. 7

### Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

**1349**

2 K 5/57: Die im Grundbuch von Külte Band 10, Blatt 285 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Külte,

Nr. 1, Flur 1, Flurstück 586/447, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, 0,21 Ar,

Nr. 3, Flur 1, Flurstück 855/445 Gartenland, Im Dorfe, 10,03 Ar,

Nr. 4, Flur 1, Flurstück 734/444, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, Haus Nr. 99, 10,44 Ar

sollen am 26. Juni 1959, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 3. April 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schlosser Christian Rest, Fritz Sohn, in Külte,

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG mit Beschluß vom 6. Januar 1959 festgesetzt worden auf: a) lfd. Nr. 1 42,— DM, b) lfd. Nr. 3 3009,— DM, c) lfd. Nr. 4 = 34 313,— DM (einschließlich des Inventars — Zubehörs — im Betrag von 8850,— DM).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Arolsen, 17. 4. 1959

Amtsgericht

**1350**

4 K 49/58: Das im Grundbuch von Lorsch Band 65, Blatt 3596 eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Lorsch, Flur 24, Flurstück 212, Gartenland, Taubenfängerschlag, 3,00 Ar

soll am 24. Juni 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstr. 26, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 4. Februar 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Margarete Marianne Heeb, geb. Ebart, in Lorsch.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bensheim, 20. 4. 1959

Amtsgericht

**1351**

4 K 43/58: Die ideelle Eigentumshälfte des im Grundbuch von Auerbach Band 18, Blatt 1431 eingetragenen Grundstücks

Nr. 1, Gemarkung Auerbach, Flur 1, Flurstück 547/1, Hof- und Gebäudefläche, Darmstädter Straße 201, 5,24 Ar,

soll am 24. Juni 1959, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstr. 26, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer der zu versteigernden ideellen Hälfte am 7. November 1958 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Karl Kaffenberger in Marquartstein (Chiemgau).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bensheim, 20. 4. 1959

Amtsgericht

**1352**

4 K 7/58: Die ideelle Eigentumshälfte des im Grundbuch von Reichenbach Band 31, Blatt 1262 eingetragenen Grundstücks

Nr. 1 Gemarkung Reichenbach Flur 11, Flurstück 43/2, Bauplatz, Am Kieshügel, 4,41 Ar

soll am 1. Juli 1959, 15 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer der zu versteigernden ideellen Hälfte am 15. März 1958 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Zimmermann Josef Heger in Reichenbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bonsheim, 23. 4. 1959

Amtsgericht

**1353**

6 K 27/56: Die im Grundbuch von Wanfried Band 55, Blatt 2032 eingetragenen, in der Gemarkung Wanfried gelegenen Grundstücke

lfd. Nr. 2, Flur 12, Flurstück 112/6, Hofraum, Eschweger Straße 2, 1,41 Ar; lfd. Nr. 3, Flur 12, Flurstück 112/7, Hof- und Gebäudefläche daselbst, 14,52 Ar

sollen am 24. Juni 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstr. 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 26. Januar 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Fuhrunternehmer Theodor Wallstein in Wanfried, z. Z. wohnhaft in Frankfurt (Main), NO 14, Bergerstraße 251. — Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG durch rechtskräftigen Beschluß vom 19. 2. 1957 auf insgesamt 117 982,50 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 26. 3. 1959

Amtsgericht, Abt. III

**1354**

84 K 180/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Seckbach, Band 119, Blatt 4550 eingetragenen Grundstücke

Gemarkung Seckbach, lfd. Nr. 12, Flur L, Flurstück 237, Acker am Klingen, Größe 4,77 Ar, lfd. Nr. 84, Flur L, Flurstück 1378, Weingarten, am alten Kirchhof, 0,18 Ar groß, lfd. Nr. 87, Flur L, Flurstück 1381, Weingarten, daselbst, 0,28 Ar groß, lfd. Nr. 88, Flur L, Flurstück 1382, Weingarten, daselbst, 0,28 Ar groß, lfd. Nr. 91, Flur L, Flurstück 1385, Weingarten, daselbst, 0,31 Ar groß, lfd. Nr. 96, Flur L, Flurstück 1390, Hofraum Wilhelmshöher Straße (gegenüber daselbst Nr. 283), 1,27 Ar groß, lfd. Nr. 97, Flur M, Flurstück 11, Weingarten, im Hespel, 1,59 Ar groß, lfd. Nr. 103, Flur L, Flurstück 350.1, Ackerland (Obstb.), Am Judenborn, 1,99 Ar groß, lfd. Nr. 104, Flur L, Flurstück 423.1, Ackerland (Obstb.), daselbst, 51,32 Ar groß, Gartenland, daselbst, 10,70 Ar groß, Gebäudefläche, daselbst, 0,24 Ar groß, lfd. Nr. 105, Flur L, Flurstück 1387.1, Hof- und Gebäudefläche, Wilhelmshöher Straße 283, 39,91 Ar groß, lfd. Nr. 107, Flur L, Flurstück 1157.1, Hof- und Gebäudefläche Wilhelmshöher Straße 283, 3,58 Ar groß

am 1. Juli 1959 um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock, versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 5. 12. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Wilhelm Helbing und dessen Ehefrau Emmi Helbing, geb. Pülsinger, beide in Frankfurt (Main), je zur ideellen Hälfte.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt, lfd. Nr. 12: 995,50 DM, lfd. Nr. 84, 87, 88, 91 und 96: 528,— DM, lfd. Nr. 97: 278,50 DM, lfd. Nr. 103: 413,50 DM, lfd. Nr. 104, 105 und 107: 131 507,— DM. Zum Bieten ist eine Bietgenehmigung des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abteilung 61 erforderlich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 21. 4. 1959

Amtsgericht, Abt. 84

**1355**

84 K 177/55: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk Griesheim Band 62, Blatt 1510 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Griesheim, Flur 15, Flurstück 639/237, Bebauter Hofraum Taläckerstraße 30, Größe 3,88 Ar, soll am 24. Juni 1959, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 12. 1955 (Tag des Versteigerungsvermerks): Motorschlosser Kaspar Friedrich Korthals in Frankfurt (Main)-Griesheim. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 19 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 17. 4. 1959

Amtsgericht, Abt. 84

**1356**

84 K 120/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Fechenheim, Band 20, Blatt 730 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Fechenheim, Flur P, Flurstück 956/120, Hof- und Gebäudefläche Starkenburger Straße 50 und 50 H., Größe 5,57 Ar, am 1. Juli 1959, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. Juli 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Witwe des Weißbinders Karl Eckhardt, Johanna, geb. Ewald, zu Fechenheim, zur ideellen Hälfte, 2. a) Oberregisseur Karl Philipp Eckhardt, in Berlin W 50, b) Weißbinder Peter Johann Eckhardt in Neu-Isenburg, c) Kaufmann Friedrich Wilhelm Eckhardt in Frankfurt (Main)-Fechenheim, zu 2a—c) zur ideellen Hälfte in ungeteilter Erbengemeinschaft beschränkt durch das der Witwe zu 1. zustehende Statutarerbrecht und Solmscher Landrecht. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 27 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 25. 3. 1959

Amtsgericht, Abt. 84

**1357****Beschluß**

K 3/58: Das im Grundbuch von Bad Hersfeld Band 71 Blatt 2718 eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 38, Flurstück 1351/0.298, Lieg.-B. 1562, Geb.-B. 1381, Hof- und Gebäudefläche Schlippenal 88, 8,78 Ar,

soll am 24. Juni 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Hersfeld, Dudenstr. 10, Zimmer 13, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 12. Februar 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Jakob Nöding und Frau Friederike, geb. Heß, in Hersfeld, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 15 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Hersfeld, 29. 1. 1959

Amtsgericht

**1358****Beschluß**

K 1/59: Das im Grundbuch von Heringen (Werra) Band 59, Blatt 1692 eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heringen, Flur 10, Flurstück 13/10, Lieg.-B. 1089, Geb.-B. 656, Hof- und Gebäudefläche Wölfershäuser Straße F 67, 4,00 Ar, Ackerland (Hack), 14,17 Ar,

soll am 24. Juni 1959, 11 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Hersfeld, Dudenstr. 10, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 16. Januar 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Drogeriebesitzer Max Wüst in Heringen, b) dessen Ehefrau Anni, geb. Förster, je zur gedachten Hälfte. Der Wert des Grundstücks wird

nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 25 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Hersfeld, 24. 4. 1959

Amtsgericht

**1359**

51 (18) K 106/57: Am 24. Juni 1959, um 8.30 Uhr, sollen beim Amtsgericht, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung die im Grundbuch von Wellerode Band 19, Blatt 818 A eingetragenen Grundstückshälften, Gemarkung Wellerode,

lfd. Nr. 3: Flur 8, Flurstück 200/23, Lieg.-B. 106, Hof- und Gebäudefläche, Friedrich-Ebert-Straße 5, Größe 4,33 Ar, lfd. Nr. 4: Flur 8, Flurstück 203/23, Lieg.-B. 106, Hof- und Gebäudefläche, daselbst (ohne Nr.), Größe: 4,33 Ar,

und die im Grundbuch von Wellerode Band 24, Blatt 1020 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Wellerode, lfd. Nr. 1: Flur 10, Flurstück 11, Lieg.-B. 587, Weg, die Schwarzebach, Größe: 2,19 Ar, lfd. Nr. 2: Flur 10, Flurstück 10/1, Lieg.-B. 587, Grünland und Holzung, die Schwarzebach, Größe: 60,85 Ar,

versteigert werden. Eingetragener Eigentümer der zu versteigernden Grundstückshälften und Grundstücke am 19. 10. 1957 bzw. 26. 11. 1957, dem Tage der Eintragung der Zwangsversteigerungsvermerke: Maurer Heinrich Eskuche, Wellerode. Zur Abgabe von Geboten für die in Bl. 1020 von Wellerode eingetragenen Grundstücke bedarf es der Genehmigung des Kreislandwirtschaftsamtes in Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 24. 4. 1959

Amtsgericht

**1360****Beschluß**

K 4/56: Das im Grundbuch von Ulmbach Band IX, Blatt 357 eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ulmbach, Flur A, Flurstück 387/1, Lieg.-B. 812, Geb.-B. 270, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 145<sup>1/2</sup>, 7,00 Ar,

soll am 25. Juni 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Amthof Nr. 6, Zimmer 6, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 30. 10. 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Heinrich Flach und Katharina, geb. Vonderlehr, Ulmbach, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 47 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Salmünster, 25. 4. 1959

Amtsgericht

**1361****Beschluß**

4 K 17/58: Das im Grundbuch von Bleidenstadt, Band 19, Blatt 555 eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bleidenstadt, Flur 27, Flurstück 78/2457, Lieg.-B. 768, Geb.-B. 203, Hof- und Gebäudefläche Bergstr. 11, 5,93 Ar,

soll am 20. Mai 1959, 9 Uhr im Gerichtsgebäude, Neustraße 12, Zimmer 10, durch

Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 17. Dezember 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Hans Theo Scholl und Ehefrau Hilde Scholl, geb. Viehmann, beide wohnhaft in Bleidenstadt, je zur Hälfte. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Schwalbach, 22. 4. 1959

Amtsgericht

**1362**

4 K 1/59. Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Hess.-Lichtenau, Band 49, Blatt 1245 A eingetragenen Grundstücks

Nr. 1, Gemarkung Hess.-Lichtenau, Flur 24, Flurstück 19/8, Hof- und Gebäudefläche, Föhrenstraße 29 6,34 Ar

soll am 24. Juni 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Walburgerstr. 38 — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 2. 2. 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Rentner Paul Kempa in Hess.-Lichtenau.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Witzenhausen, 9. 4. 1959

Amtsgericht

**1363**

61 K 55/57: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am 8. Juni 1959, 9.45 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden das im Grundbuch von Auringen Band 14, Blatt 306, (eingetragene Eigentümer am 21. Oktober 1957, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks a) Ehefrau Helma Kern, geb. Sauerborn, in Auringen, b) I. der Tüncher Walter Sauerborn, II. die Näherin Erna Sauerborn, III. die Ehefrau des Elektromonteurs Franz Kern Theodora Wilhelmine, genannt Helene, geb. Sauerborn — alle in Auringen — zu b) in ungeteilter Erbengemeinschaft, zu a) und b) zur gesamten Hand nach nassauischem Güterrecht) eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 21, Flurstück 270/111, Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Stall und Remise, Taunusstraße 14, 9,89 Ar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 23. 4. 1959

Amtsgericht

**1364**

61 K 38/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Mainz-Kastel Band 34, Blatt 1644 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 25. Mai 1959, 9 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250 versteigert werden.

lfd. Nr. 1, Flur 1a, Flurstück 28/4, Hof- und Gebäudefläche, General-Mudra-Straße 23, 5,99 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Oktober 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Kaufmann Ernst Schnöd in Mainz eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 22. 4. 1959

Amtsgericht

1365

Andere Behörden und Körperschaften

1. Nachtrag zur Satzung des Zweckverbandes „Altersheim Hilders“ vom 15. Dezember 1949

I.

Die Satzung vom 15. 12. 1949 wird gemäß Beschluß des Verbandsausschusses vom 20. 3. 1959 wie folgt geändert:

- § 2 Abs. d wird gestrichen
§ 6 erhält folgende Fassung:

„Der Geschäftsführer wird vom Verbandsausschuß gewählt und aberufen; er soll seinen Sitz möglichst in Hilders haben. Er führt gemäß den Richtlinien des Verbandsausschusses die laufenden Verwaltungsgeschäfte und bereitet die Sitzungen des Verbandsausschusses vor. Seine Tätigkeit ist ehrenamtlich.

Der Vorstandsvorsteher oder der Geschäftsführer vertreten den Verband nach außen.“

- § 10 erhält folgende Fassung:

„Als Einnahmen fließen dem Verband neben dem Ertrag aus seinem Vermögen insbesondere die Pflegegelder zu, die entweder von den Insassen, Drittverpflichteten oder Bezirksfürsorgeverbänden unter Beteiligung der Herkunftsgemeinden nach der der Satzung beigefügten Pflegesatzordnung zu entrichten sind.“

II.

Dieser Nachtrag tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Hilders, 20. 3. 1959 Der Landrat als Vorstandsvorsteher des Zweckverbandes „Altersheim Hilders“

Feststellungsbeschuß

Auf Grund des § 11 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 und § 31 des Zweckverbandsgesetzes vom 7. 6. 1939 (RGBl. I S. 979) wird vorstehender 1. Nachtrag zur Satzung des Zweckverbandes „Altersheim Hilders“ festgestellt und öffentlich bekanntgemacht.

Kassel, 7. 4. 1959

Der Regierungspräsident I/2 Az.: 3 u

1366

Kraftloserklärung: Auf Grund des § 14, Abs. 2, Ziff. 4, des Hessischen Sparkassengesetzes vom 10. 11. 54 wird das nachstehend aufgeführte Sparkassenbuch für kraftlos erklärt: Sp. 15 321, Dr. Erich Achenbach (fr. Dahme/Mark), jetzt wohnhaft in Bad Godesberg/Rh., Burgstraße Nr. 100 II, ausgestellt von der Kreissparkasse Fritzlär-Homburg zu Fritzlär.

Fritzlär, 21. 4. 1959

Kreissparkasse Fritzlär-Homburg zu Fritzlär Der Vorstand

1367

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 26. März 1959 sind die nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

- 1. Ernst Hammelmann, Darmstadt, Sp.-B. Nr. 132 763; 2. Julius Schellin, Berlin-Tempelhof, Sp.-B. Nr. 173 554; 3. Hans Beschta, Pfungstadt, Sp.-B. Nr. 184 176; 4. Hedwig Lewandowski, Darmstadt, Sp.-Buch Nr. 511 996; 5. Wilhelm Reitz, Ober-Ramstadt, Sp.-B. Nr. 803 587; 6. Johanna Bender, Darmstadt, Sp.-B. Nr. 117 728; 7. Karl Klein, Darmstadt, Sp.-B. Nr. 216 236.

Darmstadt, 22. 4. 1959

STADT- UND KREIS-SPARKASSE DARMSTADT Der Vorstand

1368

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 15. 4. 1959 ist das Sparkassenbuch Nr. 21 883 der Hauptstelle Korbach, Elise Truss, Korbach, für kraftlos erklärt worden.

Korbach, 25. 4. 1959

Kreissparkasse Waldeck in Korbach Der Vorstand

1369

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt: Frau Witwe Christine Suchler, geb. Koke, Karlishafen, Weserstraße 35, Konto-Nr. 12 349; Konrad Mantel, Helmarshausen, Konto-Nr. 7232, lautend auf den Namen Emma Mantel, geb. Hoppe, Helmarshausen.

Die Inhaber der Sparkassen werden aufgefordert, binnen 3 Monaten vom Tage dieser Veröffentlichung an gerechnet unter Vorlage der

Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Karlishafen, 23. 4. 1959

Stadtparkasse Karlishafen Der Vorstand

1370

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Gustav Böhm, Worfelden, Sp.-B. Nr. 122 204; 2. Brunhilde Seifermann, geb. Adams, Darmstadt, Sp.-B. Nr. 203 757; 3. Sophie Clauss, Darmstadt, Sp.-B. Nr. 211 302.

Ferner haben folgende Personen die Kraftloserklärung der nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher beantragt:

- 1. Wilh. Raddatz, Frankfurt/M., Sp.-B. Nr. 101 323, Philipp Reimund, Darmstadt; 2. Ursula Ströher, Darmstadt, Sp.-B. Nr. 113 769, Immo Detlev Ströher, Darmstadt; 3. Elisabeth Mohr, Hamburg-Fu, Sp.-B. Nr. 264 586, Peter Mohr, Darmstadt; 4. Werner Skibbe, Darmstadt, Sp.-B. Nr. 600 410, Volker Skibbe, Darmstadt.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Darmstadt, 15. 4. 1959

STADT- UND KREISSPARKASSE DARMSTADT Der Vorstand

1371 Öffentliche Ausschreibungen

HANAU (MAIN): Im Bauamtsbereich Hanau sollen 5 Teilstrecken an Landstraßen I. Ordnung ausgebaut und die Arbeiten öffentlich vergeben werden. Die Teilstrecken sind:

- 1. L. I. O. Nr. 3269 zw. Niedermittlau und Altenmittlau, km 2,630-3,690; 2. L. I. O. Nr. 2306 zw. Gelnhausen und Altenhaßlau, km 0,220-0,315 und km 0,000-0,240; 3. L. I. O. Nr. 3207 in der Ortslage Hinkelhof, km 1,350-2,100; 4. L. I. O. Nr. 3207 in der Ortslage Gundheim, km 8,582-8,836; 5. L. I. O. Nr. 3180 in der Ortslage Vollmerz, km 5,660-5,860.

Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

Table with 5 columns: Maßnahme Nr., Erdarbeiten, Packlage, wassergeb. Schotterdecke, 3schicht. Mischmakadamdecke. Rows show quantities and prices for each measure.

Bewerber, die diese Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen und Referenzen über die Ausführung solcher Arbeiten auf Anforderung erbringen können, werden gebeten, dieses dem Hessischen Straßenbauamt, Hanau/Main, Hainstraße 32, bis spätestens zum 11. Mai 1959 mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittungen über die Einzahlungen der Selbstkostenbeträge von

- DM 10,- für Maßnahme 1
DM 5,- für Maßnahme 2
DM 8,- für Maßnahme 3
DM 5,- für Maßnahme 4
DM 5,- für Maßnahme 5

sind beizufügen. Die Einzahlungen haben bei der Staatskasse Hanau (Main), Postscheckkonto Ffm. 6752 zugunsten des Hess. Straßenbauamtes, Hanau, zu erfolgen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab Dienstag, den 5. Mai 1959, 9.00 Uhr bei der vorerwähnten Adresse ausgegeben.

Der Eröffnungstermin ist Freitag, der 15. Mai 1959, für Maßnahme 1 9.30 Uhr, für Maßnahme 2 10.00 Uhr, für Maßnahme 3 10.30 Uhr, für Maßnahme 4 11.00 Uhr, für Maßnahme 5 11.30 Uhr, im vorstehenden Amt.

Hanau (Main), 25. 4. 1959

Hessisches Straßenbauamt

1372

SCHOTTEN: Die Arbeiten für den Ausbau der L. I. O. 3190, Nieder-Mockstadt-Stockheim, sollen im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. Zur Ausführung gelangen neben anderen Arbeiten und Lieferungen:

- rd. 500 m³ Erdarbeiten
rd. 1 000 lfdm Gräben regulieren
rd. 1 100 m³ Sauberkeitsschicht
rd. 3 000 t Schotterunterbau
rd. 1 300 t Schotterlage
rd. 19 500 m² Einstreudecke im Heißeinbau
rd. 2 500 m³ Halbränkecke
rd. 1 000 m² Gossenpflaster.

Firmen, welche die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies bis zum 8. 5. 1959 dem Hess. Straßenbauamt in Schotten mitzuteilen. Die Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 6,50 DM sind an die Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Nr. 39 312 Frankfurt (Main), unter Angabe des Verwendungszwecks zu überweisen.

Angebotsvordrucke können ab sofort beim unterzeichneten Bauamt bezogen werden. Die Quittung über die eingezahlte Gebühr ist der Bestellung beizufügen. Submissionstermin: 14. 5. 1959, 11.00 Uhr.

Schotten, 24. 4. 1959

Hess. Straßenbauamt

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich samstags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 3,20 und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Dr. Hans Mayer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur u. Wissen, GmbH, Frankfurt/M., Münchener Str. 54, Ruf 33 12 14 u. 33 11 96. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden (Ruf 2 58 61). Postfach 109 (Einsendungen: Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A). Anzeigenschluß: jeden Dienstag um 14 Uhr, Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 2 vom 1. 4. 1958. Auflage: 9800. Umfang: 16 Seiten.